

# Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)  
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehb. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68  
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

## Besinnt euch! – Einigt euch!

Von Wilhelm Sollmann

Was immer man gegen den Reichskanzler v. Papen einwenden mag: ehrlich ist er, denn er sagt klar, was er will. Da gibt es kein Drumherumreden. Er bekennt sich als Führer der Gegenrevolution. Sein Ziel ist, die am 9. November 1918 geschaffene demokratische Staatsführung zu vernichten. Der Grundsatz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, soll beseitigt werden. Aus dem Volksstaat sollen wir in den Obrigkeitsstaat zurückkehren. Ob mit oder ohne Kaiser ist noch ungewiß. Jedenfalls soll der Zustand aufhören, daß die Volksmassen durch die Träger ihres politischen Willens, also durch die Parteien, entscheidenden Einfluß auf die Regierung gewinnen.

Die Reichsregierung soll von der Volksvertretung möglichst unabhängig werden. Wie einst zu Wilhelms Zeiten, soll dem Parlament die Möglichkeit genommen werden, Kanzler und Minister zu stürzen. Ueber den Reichstag soll ein Oberhaus gesetzt werden. Das Reichstagswahlrecht will man verschlechtern. Die Länder, also Preußen, Bayern, Sachsen usw., sollen die Möglichkeit erhalten, sich für ihre Landtage und Gemeindegäuser antidemokratische Wahlrechte zu schaffen. Also verkündete Reichskanzler v. Papen am 12. Oktober in einer großen Kundgebung der bayerischen Industriellen zu München.

Die neueste Kanzlerrede offenbarte eindeutig das Ziel der Gegenrevolution: die Vernichtung der Demokratie!

An dieser innerdeutschen Zeitenwende wollen wir uns eines gestehen: ein Reichskanzler v. Papen und seine Politik wären nicht möglich, wenn die deutschen Arbeitermassen der Demokratie so zugelen gewesen wären, wie das deutsche Unternehmertum die Demokratie haßt. Alle diejenigen, die über ein Jahrzehnt im Gegensatz zu den Erkenntnissen der sozialistischen Klassiker Marx, Engels und Lassalle die Demokratie als Kampfboden für die Arbeiterklasse herabgewürdigt und verkleinert haben, sind mitschuldig an der antidemokratischen Strömung, deren Nutznießer jetzt die Kräfte des deutschen Hochkapitalismus und des deutschen Landadels sind.

In heißem Bemühen haben die Kommunisten von links und die Nazis von rechts die Diktatur gefordert. Jetzt sind sie nahe am Ziel. Nur ist es so gekommen, wie es vorauszusehen war. Weder Herr Thälmann noch Herr Hitler diktiert. Mit Hilfe der faschistisch-kommunistischen Hetze gegen die sozialdemokratischen „Bonzen“ hat die Gegenrevolution die deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, geschwächt und sich dann selbst in den Sattel geschwungen. Die

Arbeitervertreter sind aus den Ämtern verschwunden. An ihre Stelle sind Grafen und Barone getreten. Das ist das einzige, was die Nazis und die Kommunisten gemeinsam erreicht haben.

Wer verstünde nicht, daß unsere Erwerbslosen und unsere Wohlfahrtsempfänger, daß unsere schlecht entlohnten Gewerkschaftskollegen und unsere Kriegsbeschädigten, daß unsere Invaliden und unsere Altersrentner reichlich Grund zur Unzufriedenheit hatten, auch als noch Sozialdemokraten in den Regierungen saßen. Allmächtig waren ja auch unsere Minister nicht. Sie saßen in Koalitionsregierungen und waren, wie wir alle, an die kapitalistische Wirtschaftsord-

nung gebunden, aus der ja auch keine kommunistische Partei sich allein befreien kann. Jetzt aber sollte auch der schärfste Kritiker an sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Taktik einsehen, wie gewissenhaft, energisch und erfolgreich die Arbeiterminister und die große deutsche Arbeiterpartei für die Volksmassen gearbeitet haben, denn die ganze gegenrevolutionäre Regierung Papen richtet sich gegen das, was die Sozialdemokraten an Sozialpolitik, was die Gewerkschaften an Arbeiterrechten geschaffen haben.

Die Situation ist so: in einer normal funktionierenden Demokratie werden die vielen Millionen besitzloser

## Gewerkschaft und Politik

Es gibt Leute, die eine gewisse Abneigung gegen die Betätigung im politischen Kampf haben. Sie können sich nicht zurechtfinden in dem Wirrwarr der Meinungen in dem Streit um politische Grundsätze und Probleme und halten es mit denen, die da meinen: solange wie wir leben, steht die Welt. Das heißt, man ist wohl mit vielem unzufrieden, was diese unvollkommene Welt bietet, aber man gibt sich einem Fatalismus hin, der im Nichtstun endet. Auch gibt es so grundgescheite Leute, die keine Partei finden, die das Vollkommene ihrer Erkenntnis begriffen hätte. Und so fehlt uns in der Arbeiterschaft jener geschlossene einheitliche Wille, der Großes zu leisten vermag. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung wird vielfach ganz folgerichtig von unsern Gegnern ausgenutzt, die Uneinigkeit stärkt die Position unserer Feinde.

Wenn es uns gelänge, dieses alte Uebel auszumerzen und die Erwerbstätigen aus allen Berufen eine geschlossene Kampfesfront bilden würden, dann wäre uns geholfen. Diese Einheit ist eine Grundlage, auf der die Gewerkschaften aufbauen. Sie wollen die Lebenshaltung des Arbeiters heben, sie wehren sich gegen den Niedergang, sie fassen die Kräfte zusammen, um an Stelle der Willkür in der Lohnfestsetzung das Mitbestimmungsrecht zu setzen. Aber das nicht allein. Das Wirtschaftsgetriebe wirft den Arbeiter aus seiner Erwerbsstellung; was ihm als feste Grundlage erschien, bricht zusammen. Hier helfend eingzugreifen, ist eine Aufgabe hoher Bedeutung, sie erzieht zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die stark in den Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften zur Geltung kommt.

Aber wir blieben nicht stehen bei der Lösung der Aufgaben, die aus eigener Kraft die Organisation schuf, sondern wir forderten vom Staat, daß er den Arbeiter als den wirtschaftlich Schwächeren schützt gegen die Ausbeutung kapitalistischer Streber, daß er den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht so

gestaltet, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Staatsbürger im Wirtschaftsgetriebe anerkannt wird. In der sozialen Fürsorge fordern wir, daß der Staat, nicht, wie es heute geschieht, rückwärts revidiert, sondern, wie die Not es fordert, hilfreich den Lohn- und Gehaltsempfängern zur Seite steht.

In dieser Verbindung zeigt sich nun, daß wir von den gewerkschaftlichen Aufgaben in die Politik geraten; denn sobald ich bestrebt bin, vom Staat die Erfüllung der hier gestellten Aufgaben zu verlangen, muß ich auf die politische Vertretung, auf das Parlament Einfluß gewinnen. Das geschieht aber vor allem in der Form, daß ich mich einer Partei anschließe, die in diesem Sinne wirkt. Aber es stehen ja unendlich viele andere Fragen der Politik mit den Interessen der Arbeiterklasse in enger Verbindung. Um nur einige aufzuzählen. Wie stark berührt uns das Vereins- und Versammlungsrecht, wie werden die Staatsbürgerrechte eingeschränkt, durch die Verschärfung der Strafgesetze und des Gerichtsverfahrens, wie hart wird die Arbeiterschaft getroffen durch die Zollgesetzgebung und wie ungerecht behandelt in der Steuergesetzgebung.

Wo soviel auf dem Spiele steht, muß der Arbeiter auch eine politische Entscheidung bei der Reichstagswahl treffen; denn mit dem Erlahmen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse sind auch die Gewerkschaften in ihrer Machtstellung bedroht. Eins ist von dem andern nicht zu trennen. Wollen wir das verhindern, so werden wir jener Partei die Unterstützung zuteil werden lassen, die von ihrem ersten Auftreten an bis auf den heutigen Tag für die politische Freiheit und den sozialen Fortschritt gekämpft hat, die ihre Kräfte nur aus der Arbeiterschaft nahm, wo sie ihre treueste Gefolgschaft fand. Deshalb gehört unsere Stimme am Tage der Wahl der Sozialdemokratischen Partei.

Wähler immer in der Lage sein, auf die Staatsführung einen antikapitalistischen Druck auszuüben. Um den Massen die Möglichkeit zu nehmen, muß die Demokratie erst lahmgelegt und dann beseitigt werden.

Wer aber lähmte die parlamentarische Demokratie? Wer sind die Urheber der Notverordnungen, die zuerst von Brüning und dann unendlich schärfer von Papen gehandhabt wurden? Die Antwort kann nur lauten: Faschisten und Kommunisten. Beide lehnten sachliche Mitarbeit in den Parlamenten ab. Beide entwürdigten die Volksvertretung durch ewige Schimpfereien und Keilereien. Beide drückten sich von jeder parlamentarischen Verantwortung. Beide redeten und redeten, ohne etwas zu tun. Beide stellten uferlose Anträge, nur um die Sozialdemokratie zu „entlarven“. Beide „bewiesen“ zum Gaudium aller Volksfeinde, daß die demokratischen Volksrechte gar keinen Wert hätten. So brachten sie es schließlich dahin, daß faschistische Nazis und bolschewistische Kommunisten die Mehrheit im Reichstage hatten. Von Sieg zu Sieg eilten Nazis und Kommunisten. Mit jedem faschistisch-kommunistischen Siege aber kam die hochkapitalistische Diktatur ihrem Ziele näher.

Im Reichstage und im Preußischen Landtage sind bei den letzten Wahlen die Nazis und die Kommunisten die unbestrittenen Sieger gewesen. Wo aber ist ihr Siegespreis? Sie haben die antidemokratische Wühlarbeit geleistet, und die Junker und die Kapitalisten und die Generale haben hohnlachend die Siegestrophäen davongetragen.

Kaum waren die nationalsozialistischen „Sieger“ in den Reichstag eingezogen, so waren sie auch schon wieder draußen. Der Reichskanzler übergab dem Nazi-Reichstagspräsidenten die Auflösungsorder, wie der Lehrer einem ungezogenen Schüler die Abgangszensur. Die Reichsregierung leistete sich eine Verfassungsverletzung nach der andern. Nazis und Kommunisten protestierten in den Ausschüssen. Aber konnten sie mehr tun als die so oft verlästerten Sozialdemokraten? Marschierte die SA. gegen Reichswehr und Polizei? Erklärten die Kommunisten den Generalstreik oder riefen sie zum Aufstand auf? Nein, die teils nationalen, teils bolschewistischen Mundrevolutionäre fügten sich gehorsam der Junkerregierung und ihren neuen Polizeipräsidenten. Wie viel Blut wäre nicht geflossen, wenn Nazis und Kommunisten so artig gegenüber Braun und Severing gewesen wären, wie sie es nun gegenüber Papen und Bracht seit Monaten sind!

Sowohl der „Marsch auf Berlin“ wie die „kommunistische Diktatur“ haben



sich als leere Redensarten erwiesen. Solange die Arbeiter in zwei Parteien gespalten sind und überdies die Kommunisten auf die Vernichtung der Gewerkschaften ausgehen und solange darüber hinaus die neuen proletarischen Schichten dem großen Schwätzer Adolf Hitler nachlaufen, sorgt sich der deutsche Kapitalismus um eine Machtergreifung der Sozialisten nicht. Er spielt die Arbeiter gegeneinander aus und herrscht. Insbesondere freuen sich die deutschen Kapitalisten über die Verleüsterung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften durch Faschisten und Kommunisten. In Partei und Gewerkschaft und in deren besonnener Politik erblickt der deutsche Kapitalismus und erblickt seine Reichsregierung den Hauptfeind.

Die gesamte Reaktion in Deutschland hat bei den Wahlen am 6. November ein heiß erstrebtes Ziel: einen arbeitsunfähigen Reichstag. Möglichst viel Kommunisten! Möglichst viel Nazis und Deutschnationale! Möglichstes Gegeneinander und Durcheinander! Das ist der geheime Wunsch aller Volksfeinde. Es soll bewiesen

werden, daß das Parlament die politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht meistern kann. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch einen Staatsstreich die Volksrechte abzubauen, mit einem neuen Wahlrecht einen Reichstag mit kapitalistischer Mehrheit zu schaffen. Die Nazis werden dann in die Kapitalistenfront auch offen einschwenken, und mit den Marxisten hofft man, durch militärisch-polizeiliche Mittel fertig zu werden.

Es ist allerdings möglich, daß der am 6. November zu wählende Reichstag gleich nach seinem Zusammentritt wieder aufgelöst wird. Man glaubt wohl, auf diese Weise den Widerstand des Volkes zu schwächen und die Demokratie vollends zu zermürben.

Nun ist es höchste Zeit, daß die deutschen Arbeiter sich besinnen. Es geht jetzt nicht um Diskussionen „Demokratie oder Diktatur des Proletariats“, sondern um den festen Willen, die Diktatur der Kapitalistenklasse durch Verteidigung der demokratischen Grundrechte zu verhindern. Die Reichsregierung zeigt uns, was alles „im Rahmen der Verfassung“ möglich ist, wenn ein geeinter Klassenwille da-

hintersteht. Macht ist alles, und Versammlungsdiskussionen sind nur wenig.

Der Faschismus, Marke Hitler, und der Bolschewismus, Marke Thälmann, sind gescheitert. Sie waren nur Bahnbrecher für einen Faschismus kapitalistischer Klassenherrschaft. Daraus müssen die Folgerungen gezogen werden. Die Massen des deutschen Arbeitsvolkes müssen aufhören, ihr Heil aus Moskau oder gar aus Rom zu erwarten. Aus der deutschen Wirtschaft und aus der deutschen Gesellschaftsschichtung erwachsen uns die taktischen und strategischen Aufgaben.

## Zerstörung der Wirtschaft durch Autarkie und Kontingentierung

Nazis und Agrarier haben den Landwirten seit Jahren vorgegaukelt, daß die Abschneidung jeglicher Einfuhr, die Autarkie, zu einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse führen wird. Um der Landwirtschaft zu beweisen, daß sie ebensogut oder womöglich noch besser als Hitler für die Erhöhung der Preise zu sorgen versteht, führt die Papen-Regierung jetzt die Kontingentierung, das heißt die mengenmäßige Beschränkung der Einfuhr, durch und zerschlägt damit in leichtfertigster Weise unsere Außenhandelsbeziehungen.

Einige Zahlen beweisen es. Im vergangenen Jahr betrug der Wert der Nahrungsmittel, deren Einfuhr jetzt kontingentiert werden soll, 707 Millionen Mark oder 10,5 % unserer gesamten Einfuhr. Bei einer ganzen Reihe von Ländern, und zwar gerade bei unsern Nachbarländern, ist der Anteil der Kontingentswaren an der Gesamteinfuhr aber viel größer. So besteht die Einfuhr aus Dänemark zu 59 %, aus den Ostseerandstaaten zu 58 %, aus Holland zu 32 %, aus Polen zu 22 % und aus Italien zu 20 % aus Kontingentswaren. Aber auch andere Länder werden von der Kontingentierung in starkem Maße betroffen. Die Länder, deren Einfuhr nach Deutschland durch die Kontingentierung am stärksten verringert wird, kaufen von der deutschen Industrie aber mehr Waren als sie nach Deutschland verkaufen. Im Jahre 1932 kaufte Dänemark von Deutschland für 368 Millionen Mark, verkaufte aber nur für 183 Millionen Mark; Holland von Deutschland für 955 Millionen Mark, verkaufte aber nur für 384 Millionen Mark; Randstaaten von Deutschland für 203 Millionen Mark, verkauften aber nur für 129 Millionen Mark; Polen von Deutschland für 141 Millionen Mark, verkaufte aber nur für 111 Millionen Mark; Italien von Deutschland für 341 Millionen Mark, verkaufte

aber nur für 268 Millionen Mark. — Alle europäischen Länder, deren Einfuhr von der Kontingentierung betroffen wird, kauften Waren im Werte von 4173 Millionen Mark von Deutschland, während sie an Deutschland nur Waren im Werte von 1890 Millionen Mark verkauften. Deutschland verkauft also mehr als das Doppelte von dem, was die andern Länder nach Deutschland einführen, und hat damit das stärkste Interesse, alles zu vermeiden, was zur Verringerung des deutschen Industrieexports führen könnte.

Was tut aber die Papen-Regierung? Sie verringert mit der Kontingentierung die Einfuhr um etwa 170 Millionen Mark und erreicht damit nicht etwa, daß die Lage der Landwirtschaft gebessert wird, sondern daß alle die Länder, die Agrarerzeugnisse nach Deutschland einführen, aber gleichzeitig die besten Kunden unserer Exportindustrie sind, ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen nicht mehr in Deutschland, sondern in England, Frankreich oder Amerika decken. Wegen einer Verringerung unserer Einfuhr um 170 Millionen Mark werden die Exportinteressen der deutschen Industrie leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß unsere Ausfuhr um eine bis zwei Milliarden Mark sinkt. Die natürliche Folge sind weitere Stilllegungen in der Exportindustrie, damit erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit um mindestens eine halbe Million. Mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit sinkt aber auch die Kaufkraft der Arbeiterschaft für Nahrungsmittel, so daß die Landwirtschaft ebenfalls nur Nachteile aus dieser unsere Außenhandelsbeziehungen zerstörenden Politik der Papen-Regierung zieht. Kontingentierung und Agrarautarkie, wie sie die Nazis und Papen herbeiführen wollen, sind das beste Mittel, die Verelendung des deutschen Volkes zu verewigen.

## Unsere statistischen Feststellungen vom 24. September 1932

Am vorerwähnten Tage haben 865 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 82 679 nachgewiesen und außerdem 2538 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 64 314 oder 77,8 % und von den Lehrlingen 772

oder 30,4 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 604 oder 0,7 % und von den Lehrlingen 28 oder 1,1 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten							
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)				Lehrlinge			
		gesamt	davon arbeitslos	gesamt	davon arbeitslos	gesamt	davon arbeitslos	gesamt	davon arbeitslos
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
1. Ostpreußen	57	5 931	3 232	82,2	14	167	65	38,9	—
2. Schlesien	76	8 204	6 454	78,7	71	449	137	30,5	10
3. Brandenburg	110	8 493	6 060	71,4	75	269	48	17,8	1
4. Pommern	60	3 489	2 381	68,2	35	112	19	17,0	1
5. Nordmark	103	8 801	6 320	71,8	42	219	42	19,2	—
6. Niedersachsen	78	6 132	5 048	82,3	41	162	57	35,2	2
7. Westfalen	17	2 040	1 819	89,2	13	34	24	70,1	—
8. Rheinland	19	2 654	2 365	89,1	17	32	18	56,3	—
9. Hessen	31	3 496	3 055	87,4	26	66	32	48,5	1
10. Mitteldeutschl.	136	10 860	8 649	79,6	73	458	147	32,1	8
11. Sachsen	60	16 099	12 553	78,0	92	360	97	26,9	2
12. Bayern	78	5 431	3 914	72,0	65	139	55	40,0	1
13. Südwestdeutschl.	38	2 570	2 060	80,1	39	47	24	51,1	—
Deutsches Reich	863	82 200	63 910	77,7	603	2 514	765	30,4	26
14. Ausland	2	479	404	84,3	1	24	7	29,1	2
Insgesamt	865	82 679	64 314	77,8	604	2 538	772	30,4	28

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 51 Zahlstellen, die 1742 Mitglieder und außerdem 55 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 916 Zahlstellen mit 84 421 Mitgliedern und außer-

dem 2593 Lehrlingen, insgesamt 87 014 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 29. Oktober.

## Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat September 331 Betriebe beteiligt, die 1537 Zimmerer beschäftigten. Das sind 683 Zimmerer weniger als im September 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 58. Von den 331 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 41 Betrieben mit 420 Beschäftigten als befriedigend und in 290 Betrieben mit 1117 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des

letzten Monats sind in 67 Betrieben 219 Zimmerer eingestellt und in 81 Betrieben 256 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß sich die Konjunktur verschlechterte. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut 2		befriedigend 3		schlecht 4		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
September 1931	7	117	34	489	293	1 614	3,67
August 1932	3	229	28	326	316	1 330	3,58
September 1932	—	—	41	420	290	1 117	3,73

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist 77,8 %. Die niedrigste Arbeitslosigkeit ist im Landesarbeitsamt Pommern mit 68,2 % und die höchste im Landesarbeitsamt Westfalen mit 89,2 %.

Ende September waren von 100 Verbandsmitgliedern 77,8 arbeitslos und 0,7 krank, somit nur 21,5 in Arbeit. Bei den Lehrlingen waren von 100 30,4 ohne Arbeit und 1,1 krank, somit nur 68,5 in Arbeit.

## Sozialismus als Gegenwartsaufgabe

Die langanhaltende Krise hat die Brüchigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eindeutig bewiesen. Ein Umbau der Wirtschaft ist die einzige Garantie dafür, daß eine solche Elendsperiode nicht wiederkehrt. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben den Weg aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch klare Formulierungen gezeigt. Die Beseitigung des kapitalistischen Systems und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ist für den organisierten Arbeiter nicht eine Sache der in unbestimmter Ferne liegenden Zukunft, sondern Gegenwartsaufgabe. Nicht mit einem Schlage ist dieses gewaltige Problem zu lösen. Aber die Massen müssen für dieses hohe Ziel mobilisiert werden. Die Gewerkschaften und die SPD. kamen zu der Überzeugung, daß das kapitalistische Sy-

stem an der Wurzel getroffen werden muß. Der Umbau der kapitalistischen Wirtschaft muß damit beginnen, die Kommandohöhen derselben zu erobern und die wichtigsten Positionen der Machthaber zu brechen. In den Schlüsselindustrien und im Großgrundbesitz hat das reaktionäre Unternehmertum seine stärksten Stützen. Deshalb muß die Verstaatlichung der Großindustrie und die Enteignung des Großgrundbesitzes als erste Maßnahme durchgeführt werden. Entsprechende Gesetzentwürfe wurden von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingereicht. Wer den Sozialismus bereits in der Gegenwart aufbauen will, muß am 6. November seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben.

**Die Willkür der Barone und ihrer Kumpanei,  
Der Reichen und des Adels und auch der Hitlerei  
Schafft endlich euch vom Halse, zerbrecht die Sklavenketten!  
Werbt für die SPD. und helft die Heimat retten!**



## Parole: Wahrheit erwache!

Deutschlands Arbeitervolk leidet furchtbare Not. Ebenso groß ist die Not, die die Wahrheit im politischen Kampfe erleidet. Im Kampf gegen die Gewerkschaften und ihre politische Sachwalterin, die Sozialdemokratie, ist die Lüge die gebräuchlichste Waffe geworden. Die KPD. erbrachte den klassischen Beweis, wie unendlich viel Unwahrheit dem Proleten geboten werden kann. Hitler begriff diese Lehre und steigerte sie zu einem System. Er staunte, wie wenig eigentlich den Marxgegnern bekannt ist, daß die Massen beschwindelt werden müßten, um Erfolge zu haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Hitler mit dem von der KPD. übernommenen Lügensystem Erfolge erzielte. Seitdem benutzt die politische, soziale und religiöse Reaktion die Lüge ebenfalls äußerst meisterhaft. Und das ist das Betrüblächste unserer Zeit, je massiver und grobschlächtiger eine Lüge ist, um so leichter findet sie Gläubige.

Ueber den Marxismus ist Phantastisches zusammengeschwindelt worden. Für den Arbeiteranhang stellen die Nazis ihn so dar: der Marxismus hat den Industriearbeitern an Stelle einer für den Daseinskampf geeigneten und der Würde der Menschheit entsprechenden Weltanschauung eine satte Glückseligkeitsmoral gegeben. Diese hat den Arbeiter national unwürdig gemacht und jede Aussicht für den Sozialismus gestört. Für die besitzende Klasse halten sie eine andere Lesart bereit: in dreizehnjähriger Mißwirtschaft hat der Marxismus Produktion, Handel, Volks- und Weltwirtschaft völlig zerstört. Am Niedergange der Wirtschaft und am Volkselend sind die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten schuld; denn sie haben durch ihre marxistischen Ideen die Arbeiter unzufrieden und begehrlich gemacht. Aus KPD.-Munde formt sich die Synthese, und damit wird der Gipfel der Unwahrheit erklimmt: die Gewerkschaften und Sozial-

demokratie haben den Marxismus verraten. Sie haben den kapitalistischen Staat nicht mit Waffengewalt zertrümmert, sondern den totkranken Kapitalismus wieder zum Leben erweckt. Aus den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft hätte — wie Phöbus aus der Asche — der sozialistische Staat aufsteigen müssen. Der Lehrsatz von Marx: „Auf den Fundamenten des Kapitalismus und einer vollkommenen Produktion den Sozialismus aufzubauen“, der auch in Sowjetrußland zur Anwendung kommt, wird im Konkurrenzkampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geflissentlich außer acht gelassen. Das ist notwendig, um den Arbeitern vorlügen zu können, daß die marxverräterischen Gewerkschaften den großen revolutionären Massenwillen gelähmt und die Arbeiter um Reichtum und Zufriedenheit betrogen hätten.

Soviel Wirrsal um die einfache Wahrheit, daß der Marxismus die Massenbewegung ist, die der Arbeiterklasse in der Gegenwart bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ein freies Arbeitsrecht und vollkommenen Arbeiterschutz erringen will. Darüber hinaus aber große Ideale, Menschheits- und Kulturziele aufstellt, die einmal im Reich der Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit, im Sozialismus, ihre Erfüllung finden werden. Für dieses Ziel müssen die Arbeiter als organisierte Klasse kämpfen.

Die Wahrheit kommt zum Durchbruch. Wir rufen alle, die den für gesittete Menschen selbstverständlichen Grundsatz zur Richtschnur ihres Handelns wählen, daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegeneinander Gültigkeit haben: Für diesen Marxismus kämpft die Sozialdemokratie! Darum geben wir ihr am 6. November unsere Stimme unter der Parole:

**Wahrheit erwache!**

## Wie wählt man Papen?

Diese Frage hat bei den letzten Wahlen eine sehr weit rechts stehende Berliner Zeitung dahingehend beantwortet, daß man, da Papen keiner Partei zugehörig sei, Hitler wählen müsse, wenn man das Papen-Regime stützen wolle. An der Wahrheit dieser Antwort hat sich im Kern auch heute noch nichts geändert. Die Hitler-Partei ist der große vollfaschistische Flügel einer Koalition der „grundsätzlich neuen Art der Staatsführung“. Selbst wenn Papen gehen sollte — was überdies nicht wahrscheinlich ist —, dann ist sicher, daß die Papenheimer bleiben. Es sei denn, daß durch den Willen des Volkes eine merklich

starke und sehr kräftige Schwenkung nach links eintritt. Bleibt diese Schwenkung aus, dann wird die Wohlfahrtsanstalt der Junker und Schwerindustriellen unter Führung der Papenheimer und Hitlerbrüder verwirklicht werden. Dann wird das Tarifrecht völlig zerschlagen, die noch bestehenden Tarifverträge sabotiert und die Sozialversicherung noch weiter ausgehöhlt werden. Deshalb muß jeder Gewerkschafter dafür sorgen, daß die Wahrheit des Satzes, wer Nazis wählt, Papen wählt, möglichst weite Verbreitung findet und dementsprechend gehandelt wird.

## Von betrogenen Betrügnern

Die Arbeitsunfähigkeit des Goering-Reichstags charakterisierte sich am besten in den zahlreichen, ebenso art- wie wesensfremden, unpolitisch anmutenden Monturen, mit denen zahlreiche Nazi-Abgeordnete bekleidet das Reichstagsgebäude „zierten“. Sie kamen sich wohl selbst vor wie der Mops im Paletot. In der Nazi-Fraktion des vergangenen Reichstags gab es unter zahlreichen mannigfaltigen Kategorien von „Politikern“ auch eine Sorte, die recht mittelständlerisch aussah. Das soll kein Vorwurf sein; vielmehr eine Charakterisierung für diese Kategorie, die, ohne von Politik auch nur einen Dunst zu haben, sich außerordentlich freuten, durch die Gunst oder Dummheit des Volkes in den Reichstag entsandt zu werden. Von all dem, was da um sie herum vorging, verstanden sie nicht viel. Am meisten freuten sie sich — wie unser Berichterstatter festzustellen in der Lage war —, einmal einen richtiggehenden orthopädischen Turnsaal zu sehen, über den der Reichstag verfügt. Von ihm machten sie nun ausgiebig Gebrauch.

Als der vergangene Reichstag aufflog, weil Herr Goering den Spißbürger-

Revolutionär mimte, und Herr von Papen als echter Vertreter der vornovemberlichen „Regierung der verpaßten Gelegenheiten“ diesem nachträglich als Reichskanzler auch für die Gegenwart alle Ehre machte, war es köstlich anzusehen, wie die Mitglieder der Nazi-Fraktion wie aufgeschreckte Zebras in der Wandelhalle des Reichstags durcheinanderliefen. „Ach wie bald schwindet Schönheit und Gestalt“ mögen sie gedacht haben, als nach allzu kurzer Herrlichkeit die zweitägigen Nazi-Vertreter wieder das Abgeordnetenmandat abliefern mußten. Einige unter ihnen bewahrten allerdings Würde oder das, was sie so nennen. In ihren funkelneuen Khaki-Anzügen und in jenen Uniformen, die den schwarzen Husaren ähnlich sehen, spazierten sie stolz wie ein spanischer Grande durch die Ausgangstür, allwo etliche funkelneue Autos ihrer warteten. Dort

nahmen sie Heldenpose an und mit „Heil Hitler!“ ließen sich die Helden des Dritten Reichs photographieren. Die so später durch die nazistischen illustrierten Blätter gingen, waren die Elite der Nazi-Fraktion, die Adelfaschisten der Hitler-Partei. In ihrem nichts durchdringenden Gefühl glaubten sie, wieder einmal etwas ganz Großes für das Volk geleistet zu haben.

Von ihnen wie überhaupt von der ganzen Nazi-Fraktion kann man nicht verlangen, daß ihnen ein Licht darüber aufgeht, weshalb sie nichts mit einer politischen Macht, die sich doch in einer Abgeordnetenzahl von 230 manifestieren muß, anzufangen wußten. Das Wesen der Nazi-Partei ist Demagogie, und weil ihre Führer — man kann es nicht anders sagen — die größten politischen Kindsköpfe des zwanzigsten Jahrhunderts sind, deshalb sind und bleiben sie unfähig.

## Die Gesellschaftskutsche

Im vorigen Jahrhundert schrieb der Amerikaner Bellamy den Roman „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000“, der eine Schilderung des sozialistischen Gesellschaftsideals darstellte. Im Hinblick auf unsere gegenwärtige Gesellschaft sagte der Held des Romans:

„Die damalige Gesellschaft glich einer riesigen Kutsche, vor der die große Masse gespannt war und die von dieser auf einer holprigen und staubigen Straße mühsam vorwärts geschleppt wurde. Der Hunger war Kutscher, und er duldet kein Verschleppen. Aber trotzdem ging es nur sehr langsam vorwärts. Obwohl es so hart war, auf dem beschwerlichen Wege den Wagen fortzuschleppen, war dieser doch mit Passagieren besetzt, die niemals abstiegen, mochte die Straße noch so steil ansteigen. Die Sitze auf dem Wagen waren sehr luftig und bequem. Unbelästigt durch den Staub konnten ihre Inhaber sich mit Muße an der Landschaft ergötzen oder kritische Bemerkungen über das Verdienst des sich abquälenden Vorspanns austauschen.“

Kam einmal eine schlechte Stelle der Straße oder ein steiler Hügel, so hatten es die Ziehenden besonders schwer:

„Es war ein entsetzlicher Anblick, den dann die verzweifelten Anstrengungen des Vorspanns boten, das krampfhaft Vorwärtsdrängen und Zurücksinken der Ziehenden, die vom Hunger erbarmungslos vorwärtsgepeitscht wurden, mochten auch Unzählige zusammenbrechen und in den Kot getreten werden.“

Ein treffender Vergleich für unsere Gesellschaft, das wird jeder zugeben müssen! Und er paßt ja auch noch heute. Betrachten wir die Einkommenschichtung im Deutschen Reich, so zeigte die Steuerstatistik aus dem verhältnismäßig günstigen Jahr 1928, daß 17 625 000 Einkommenbezieher oder 57,21 % nur über ein Einkommen bis zu 1200 M verfügten. 9 941 000 oder 32,27 % konnten auch nur zwischen 1200 und 3000 M verzehren, während 9,81 % über ein Einkommen zwischen 3000 und 12 000 M verfügten. Nun spitzt sich die Pyramide noch rascher zu: 217 oder 0,69 % Bevorzugte können jährlich zwischen 12 000 und 100 000 M „verzehren“. Dann gibt es 5 bzw. 0,02 % Gesegnete, die über 100 000 M jährlich „aufessen“. Natürlich erfaßt die Statistik nicht einmal alle hohen Einkommen; sicher gibt es in Deutschland noch einige mehr, die über 100 000 M versteuern könnten. Man sieht jedoch trotzdem ein sehr deutliches Bild: nahezu 90 % der Bevölkerung lebt in gedrückten Verhältnissen. Und gerade ihnen werden im Papenschen Wohlfahrtsstaat alle Lasten aufgebürdet.

Warum lassen diese gedrückten Schichten die Gesellschaftskutsche — um das Bild Bellamys zu gebrauchen — nicht einfach stehen? Die sich darin räkelnden Inassen müßten dann aussteigen und sich

Am Beginn der Papen-Epoche der Hitler-Partei steht das Versprechen der Tolerierung der Regierung, und am Ende dieser Epoche aber stehen die betrogenen Betrüger der NSDAP. Das ist ein so fürchterlicher innerparteilicher Niedergang, daß es nicht verwunderlich ist, daß selbst Adolf Hitler die Nerven verloren hat.

Aber die deutschen Wählerinnen und Wähler sollten nicht die Nerven verlieren. Alle Klagen über Versagen des Parlamentarismus, auch alle berechtigte Kritik kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wahlen am 6. November eine vorläufig einzigartige Gelegenheit für das Volk ist, der Nazi-Partei und dem Papen-Regime die längst verdiente Quittung zu geben.

Dies geschieht am deutlichsten und am besten, indem man Liste 2, Sozialdemokraten, wählt!

ebenfalls vorspannen, wollten sie vorwärtskommen.

Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft könnten eine andere, bessere, gerechtere Einteilung erfahren, wenn sich die genannten 90 % Einkommenbezieher für das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften entscheiden und am 6. November sozialdemokratisch wählen!

## Ich blättere im Jahrbuch

Das neue Jahrbuch unseres Verbandes ist eingetroffen. Jahrbücher sind Bilanzen, Bilanzen eines einjährigen Schaltens und Waltens der Organisationen. Alle Fäden der Organisation laufen in der Zentrale zusammen. Von hier aus werden die Angelegenheiten der einzelnen Verbandsmitglieder geregelt. Hier laufen die Rechtsschutz-, die Tarifvertrags- und Lohnsachen, hier laufen die Unterstützungs- und Beitragsangelegenheiten zusammen. Und die Mitglieder fordern am Jahreschluß einen Rechenschaftsbericht. Es interessiert den einzelnen, wie vielen Kameraden vom Verband Rechtshilfe, wie vielen Kameraden materielle Hilfe zuteil wurde, wie die Ausgaben verteilt sind und wie überhaupt die ganze Organisation gearbeitet und wie sie funktioniert hat. Dieser Aufgabe kommt unser Jahrbuch in vollem Umfange nach. Neben den zentralen Berichten des Verbandsvorstandes folgen die sehr interessanten Berichte der einzelnen Gaue. In allen spiegelt sich dasselbe Bild wieder. Ueberall große Arbeitslosigkeit. Ueberall Lohn- und Tarifkämpfe. Das abgerundete Bild ergibt ein arbeitsreiches, kampferfülltes Jahr. Kampferfüllt nicht nur, um Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Zimmerer zu erstreben, sondern ausgefüllt mit Kämpfen um unsere heiligsten Rechte, um ihre Erhaltung und Ausgestaltung. Ausgefüllt aber auch durch Kämpfe mit unsern Gegnern von rechts und links. Sowohl den Nazis wie den Kommunisten sind die starken Gewerkschaften, die zielbewußt und unbeirrt ihren Weg gehen, ein Dorn im Auge. Zu gern möchten sie die Organisationen zerschlagen. Die einen, um den Arbeiter dem Kapital gefügiger zu machen; die andern, um die Gewerkschaften für ihre unsinnigen Direktiven von Moskau auszunutzen.

Unser Jahrbuch ist noch viel mehr. Es ist ein kleines volkswirtschaftliches Lehrbuch. Die Konjunkturberichte, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Berichte erfahren hier eine kurze Zusammenfassung, ein abgerundetes Bild. In den 270 Seiten des Jahrbuches findet man das Gesicht der Krise, findet man die ungeheuren Auswirkungen auf gesellschaftlichem, auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiete. Wir finden die Radikalisierung der Massen. Wir finden das Schwinden der Kaufkraft der breiten Massen und die damit weiter fortschreitende Verelendung breiter Volksschichten. Wir finden die Unsinnigkeit der heutigen Handels- und Wirtschaftspolitik, deren einziger Erfolg der ist, daß der Weltmarkt und die Beziehungen zwischen den Völkern zerstört sind. Das Jahrbuch ist eine einzige Anklageschrift gegen das kapitalistische System. Dieses

**Am 6. November wird gestürzt**

**Wer dem Volke die Löhne gekürzt!**



System hat versagt auf der ganzen Linie. Es gilt, dies System zu vernichten. Unser Jahrbuch ist ein Helfer in diesem Kampfe. Es gibt den Funktionären und Mitgliedern das beste Rüstzeug für den bevorstehenden Kampf. Es ist wert, daß jedes Mitglied unser Jahrbuch liest; das ist heute mehr denn je notwendig, wenn man im politischen Tageskampf bestehen will und wenn man den Kampf um die Gewerkschaftsbewegung gegen alle ihre Feinde führen will.

H. Sch.

## Verständnis für die Jugend

Junge Menschen sind überheblich! Das stellt — gestehen wir es ehrlich ein — jede alte Generation fest. Jede Generation fügt aber noch hinzu, daß gerade die jetzige Jugend besonders zur Ueberheblichkeit neige, daß sie Ehrfurcht vor dem Alter nicht kenne, sich den Erfahrungen gereifter Menschen verschließe, auf Geleitetes mit Verachtung blicke, nur sich in den Vordergrund rücke und allein die Welt aus den Angeln heben wolle. Mancher sieht das, denkt an seine Jugend, lächelt verständnisvoll und vertraut auf die Zeit und das Leben, die dieser Jugend den Stempel aufdrücken werden. Manch einer wird aber verbissen, weil er sich zurückgedrängt fühlt, sich ungerecht beurteilt glaubt, und weil er — fälschlicherweise — annahm, es sei möglich, gemachte Lebenserfahrungen an junge Menschen wie Bücherwissen weiterzugeben.

Auch die heutige Jugend wird mit scheelen Augen angesehen. Sie steht im Geruch, radikal zu sein, kritisch zu urteilen und hemmungslose Forderungen zu erheben. Zu einem Teil stimmt das, zu einem andern nicht. Arbeitslose, nicht-organisierte Jugend ist radikal, kritisch und hemmungslos, denn ihr fehlt der Maßstab für die Leistung. Würde sie im Betrieb stehen und täglich die Ueberlegenheit erfahrener Berufsarbeiter in der Arbeit spüren, so wäre sie schnell kuriert. Würde sie in gewerkschaftlichen Organisationen sein und gewerkschaftliche Kleinarbeit kennen, so stellte sich auch in dieser Richtung bald ein Anerkennen der Leistung ein. Bei in Arbeit stehender, gewerkschaftlich organisierter und in Jugendabteilungen geschulter Jugend sind Radikalismus, Kritik und Hemmungslosigkeit zwar auch zu finden. Sie bewegen sich aber in Bahnen, die keineswegs ungewöhnlich sind, wenn man das Alter dieser Generation und die Krisenzeit berücksichtigt.

Was ergibt sich aus dem Gesagten? Wir müssen für die junge Generation Verständnis aufbringen. Es ist kein Vorzug und kein Fehler, jung zu sein. Es ist kein Jammer, in jungen Jahren noch nicht mit der Geruhsamkeit des Alters ausgerüstet zu den Tagesereignissen Stellung zu nehmen. Es ist auch keine schauerliche Angelegenheit, wenn in organisatorischen Dingen Meinungsverschiedenheiten zwischen jung und alt bestehen. Harmonisieren denn die Eltern immer mit ihren heranwachsenden Jungens und Mädels? Gewiß nicht! Und darum seht nicht grau in grau, wenn das Jungvolk etwas fürwitzig zu sein scheint. Helft vielmehr, es trotz der Krise und der Arbeitslosigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen und in die Jugendabteilungen zu bringen, damit die heute in den Betrieben ausfallende Erziehungsarbeit zum Gewerkschafter durch Bilden und Formen der jungen Kämpfer in den Jugendabteilungen vorgenommen werden kann.

Habt Verständnis für die Jugend! Seid Helfer und Berater! Glaubt nicht, sie betreten zu müssen! Die Jugend braucht nicht Beschützer, die alles Geröll des Lebensweges beiseite räumen. Sie braucht Kameraden, die aufrecht und gradlinig sind, die vorbildlich als Gewerkschafter wirken, die Sozialisten sind. Werbt unter dem unorganisierten Jungvolk für die gewerkschaftliche Organisation! Werbt für den Besuch der Jugendveranstaltungen!

## AUFRUF

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliches im Ertragen. Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten, und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassen-genossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe. Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch. Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die **Solidaritätshilfe!**

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

**Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt**  
Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands  
Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege  
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Allgemeiner freier Angestelltenbund  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

## Der „Sozialist“ Strasser

Es gibt tatsächlich Leute, die der Meinung sind, bei den Nationalsozialisten handelt es sich um eine sozialistische Bewegung. Ein großer Irrtum, wie wir gleich sehen werden. Als sozialistisch angehaucht galt in der Öffentlichkeit Gregor Strasser. Der amerikanische Journalist Knickerbocker hat im Laufe seiner Europareise auch Strasser ausgefragt. Das Interview kommt in der Vossischen Zeitung zum Abdruck. Ueber die Frage, wie sich die nationalsozialistische Partei zu einer Planwirtschaft stellen würde, antwortete Strasser: „Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiter wachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke stecken. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Eine derartige Gegnerschaft gegenüber der Planwirtschaft könnte auch von einem Unternehmer geäußert werden. Ein Unterschied zwischen den Meinungen Strassers und den extremsten Individualisten ist jedenfalls nicht zu entdecken. Nachdem Strasser sein Herz gegenüber dem Amerikaner ausgeschüttet hatte, kam letzterer zu dem Standpunkt, „daß Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicher nicht nationalsozialistischer als Papen, und Papen ist sicher nicht kapitalistischer als die Nationalsozialisten.“

Knickerbocker schließt seine Darlegungen über dieses Kapitel folgendermaßen: „Wir waren mit dem Programm fertig. Von der offiziellen Version war nicht viel übrig geblieben.“ Wer es bisher noch nicht gewußt hatte, dem ist es aus den eigenen Aussprüchen Strassers zur Wahrheit geworden: Bei dem Sozialismus der Nazis handelt es sich um einen großen Schwindel.

## Frage jeden Nazi!

Wie kommt es, daß der nationalsozialistische Oberbonze Hauptmann Röhm, der seit langem durch Veröffentlichung der Photographien seiner Originalbriefe als Homosexueller entlarvt ist, von den Bereinigern der deutschen Kultur, den Osafs des Braunen Hauses, in seiner Stellung als Befehlshaber von hunderttausend deutschen Jünglingen gehalten wird? Ist das nicht eine Schande sondergleichen? Wenn dem Lehrer einer Knabenschule eine derartige krankhafte Veranlagung nachgewiesen wird, ließe man ihn auch nur einen Tag länger über junge Menschen die Aufsicht führen? Was mögen die Gründe sein, aus denen der Obermandarin Hitler, der angeblich Anstand und Sitte in Deutschland zu nie geahnter Vollkommenheit entwickeln will, den dicken Bonzen Röhm nicht abzusetzen wagt?

Es gab einmal einen homosexuellen Moltke-Skandal, der auf der ganzen Welt ein verächtliches Gelächter über deutsche Zustände entfesselt hat. Es gibt seit vielen Monaten einen ebensolchen Röhm-Skandal, dessen Anstößigkeit vor den Augen der ganzen Welt den deutschen Namen mit Schande befleckt. Was soll aus Deutschland werden, wenn der SA-Mann und die andern Hitlerwähler Röhm und seiner Tafelrunde zu unbeschränkter Gewalt in Deutschland verhelfen? Und wie wird Deutschlands Erneuerung dann aussehen?

Es wird keinem Nazi gelingen, darauf eine Antwort zu finden. Die Antwort der ehrlichen Nazi-Anhänger kann nur darin bestehen, daß sie am 6. November mit dem Stimmzettel für die SPD. und gegen die römische Schande gutzumachen suchen, was sie am werktätigen deutschen Volk bisher gesündigt haben.

## Junge Wanderer auf der Landstraße

Dem Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zufolge gingen 54 % aller jugendlichen Wanderer wegen schlechter Familienverhältnisse auf die Landstraße. Fast ein Drittel der gezählten jugendlichen Wanderer hatten keinen Vater mehr und durch die Arbeit der Mutter vielleicht kein rechtes Heim. Fast ein Viertel waren Vollwaisen.

Jugend hat seelische Gemeinschaft nötig, und gerade, wenn die, wie so oft, daheim fehlt, kann die gewerkschaftliche Jugendgruppe den jungen Menschen der sittliche Halt sein, den sie brauchen. Gerade in dem Zusammenhange erscheint es besonders dauerlich, daß der Gewerkschaftsjugend so oft der rechte Raum für ihre Arbeit, die geradezu Kulturarbeit sein kann, fehlt.

Das gilt auch für das Land. Der Anteil der Landjugend an den Wanderern der Landstraße ist von 24 % 1928 auf 50 % im Jahre 1930 gestiegen!

Besonders viele Ausgelernte waren unter diesen Jugendlichen zu finden, weil sie im Wirtschaftsleben heute am schwersten unterkommen.

Die Dauer der Wanderschaft ist im Winter natürlich kürzer als im Sommer. Aber 18,8 % waren 7 bis 12 Monate unterwegs, 8,3 % über ein Jahr!

Nur in einer Gruppe ist ein Sinken der Elendszahlen festzustellen. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten sank nämlich in einem Jahre um fast die Hälfte. Wie kommt das? Kommt hierin vielleicht der Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendarbeit praktisch zum Ausdruck? Jedenfalls zeigen uns diese Untersuchungen, welche Aufgaben auch an der Seele der arbeitenden Jugend von den gewerkschaftlichen Jugendgruppen zu leisten sind.

## Verbandsnachrichten

### Unsere Lohnbewegungen

#### Krieg mit Einstweiligen Verfügungen

Die Baufirma Boswau & Knauer AG. hatte auf einer ihrer Baustellen in Hamburg zu zwei bisher Beschäftigten vier neue Arbeiter eingestellt. Sie machte deshalb von der in der bekannten Verordnung gebotenen Möglichkeit Gebrauch, die Löhne von der 31. bis 40. Stunde um 50 % zu kürzen. Die Lohnkürzung wollte die Firma am liebsten schon vom 6. Oktober an durchführen, obwohl sie in keiner Weise den gesetzlichen Bestimmungen wegen des Anschlags und der Bekanntmachung der Lohnkürzung entsprach. Als auch der Norddeutsche Bauwerksverband sich nicht bemüßigt sah, das Vorgehen der Firma zu korrigieren, trat die Belegschaft der Baustelle in den Streik. Und nun hat es auf einmal der Norddeutsche Bauwerksverband sehr eilig. Er wandte sich an das Hamburger Arbeitsgericht und beantragte eine Einstweilige Verfügung, nach der unserer Zahlstelle Hamburg und dem Deutschen Bauwerksbund bei „Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haft bis zu sechs Monaten“ zu verbieten sei, über die Baustelle der Firma Boswau & Knauer AG. am Kleinen Grasbrook und über Baustellen anderer Firmenmitglieder des Norddeutschen Bauwerksverbandes die Sperre zu verhängen sowie zum Streik in den Betrieben aufzufordern oder Streiks direkt oder indirekt zu unterstützen. — Besonders die zweite Forderung zeigt, daß die Unternehmer mit ihrer Einstweiligen Verfügung gleich ganze Arbeit leisten wollten. Es ging ihnen um nicht mehr und nicht weniger, als von vornherein jede Arbeitsniederlegung — und sei sie aus Gründen, die noch so weit von den Bestimmungen der Notverordnung abliegen könnten — durch diese Einstweilige Verfügung unmöglich zu machen. Das war selbst dem Arbeitsrichter zuviel. Schließlich kam es zu einem Spruch. Es wurde den Gewerkschaften verboten, die Sperre über die Baustelle der Firma Boswau & Knauer zu verhängen und einen weiteren Streik zu unterstützen. In der Begründung stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß die Notverordnung rechtmäßig sei. Unverständlich für jeden Arbeiter aber ist die weitere Begründung: Wegen der geringfügigkeit des Gegenstandes hätte es nicht zum Streik kommen dürfen. — Hier liegt vor allem der wunde Punkt der ganzen Entscheidung, gegen die die Gewerkschaften mit allen Mitteln vorgehen werden.

#### Der Unfug Einstweiliger Verfügungen

Das Unternehmertum scheint Gefallen daran zu finden, mit Hilfe von Einstweiligen Verfügungen ihr Reservoir von Kampfmitteln zu vermehren. Auf ein Rundschreiben der Zahlstelle Leipzig an alle Leipziger Bauvereine und Bau-genossenschaften ist von zwei der im Rundschreiben angeführten Firmen eine Einstweilige Verfügung gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle vom Landgericht Leipzig unter Androhung von 2000 M. Geldstrafe erlassen worden.

In der Annahme, daß diese Bauvereine und Genossenschaften noch nicht vom Geiste des im Entstehen begriffenen Dritten Reiches beeinflusst bzw. verseucht sind, wurde dieses Rundschreiben erlassen, da unsere Kameraden in den darin angeführten Betrieben scheinbar nicht mehr die Kraft aufbringen, selbst Ordnung zu schaffen. Gegen die erlassene Einstweilige Verfügung, die einfach ganz unmöglich ist, haben wir sofort Einspruch erhoben, da wir gegen jede der in dem Rundschreiben angeführten Firmen den Beweis antreten werden, daß sie die tariflichen Abmachungen nicht eingehalten haben. Diese Kampfweise der Unternehmer, die die Justiz dazu benutzen, auch die letzte Bewegungsfreiheit der

(Fortsetzung auf Seite 342.)

**Kameraden!** Besucht regelmäßig die Veranstaltungen des Verbandes. Alle Verbandskameraden müssen aktive Kämpfer für unsere Sache werden!



# UNTERHALTUNG & WISSEN



## ANRUF

Kommt und helft die Not beenden,  
die aus den verhärmten Leibern klagt,  
Trauert nicht! In euern starken Händen  
liegt Gewalt, wenn ihr es wagt.

Mit dem Blut aus eures Herzens Schale,  
mit dem Mut aus eures Glaubens Macht:  
verbrüdet euch dem Sturm der Kampf-  
signale,  
führt Volk und Heimat aus der Nacht.

Kommt und helft die Mauer bauen,  
die das heilige Reich der Republik um-  
schließt.  
Deutschland lebt, wenn wir der eignen  
Kraft vertrauen  
Und Licht sich wieder in die Herzen gießt,  
Walther G. Oschilewski.

## Hitler fastet!

Montag. Adolf Hitler hat an den  
Reichspräsidenten von Hindenburg fol-  
gendes Schreiben gerichtet:

### Exzellenz!

Im Namen meiner deutschen Freiheits-  
bewegung, als der einzig berufenen Ver-  
tretung des deutschen Volkes, fordere ich  
Sie hiermit zum letztenmal ultimativ auf,  
mir die ganze Macht zu übergeben. Ich  
habe mich entschlossen, zur Durchsetzung  
meiner Forderung heute um 24 Uhr zu  
fasten zu beginnen und das Fasten bis  
zur Uebergabe der ganzen Macht an mich  
beziehungsweise bis zum letzten Hauch  
fortzusetzen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen  
Ergebenheit Adolf Hitler.

Dienstag. Der „Völkische Beob-  
achter“ meldet:

Der Führer hat gemäß seiner Ankündi-  
gung gestern Punkt Mitternacht sein großes  
Fasten begonnen. Von allen Kirchtürmen  
Deutschlands schlugen die Glocken. Das  
Universum verharrt in atemloser Span-  
nung. Alle SA.-Führer sind um Adolf  
Hitler versammelt, dessen Selbstaufopfe-  
rung das erhabenste Ereignis der Mensch-  
heitsgeschichte seit Christi Kreuzestod ist.  
Die Regierung des Herrenklubs bebt.

Im Laufe des Nachmittags teilt die  
Pressestelle der NSDAP. mit:

Der Reichspropagandaleiter, Reichstags-  
präsident Parteigenosse Goering hat sämt-  
liche Mitglieder der NSDAP. aufgefordert,  
das große Fasten des Führers durch Ent-  
haltung vom Genuß von Getränken zu  
unterstützen. Der Stabschef, Parteigenosse  
Hauptmann a. D. Röhm, hat im gleichen  
Sinne einen Befehl an die SA. und SS.  
erlassen.

Weiter gibt die Pressestelle der  
NSDAP. bekannt:

Das Befinden des Führers ist vollkom-  
men zufriedenstellend. Da es unmöglich  
ist, die Millionen Anfragen, die unausge-  
setzt im Braunen Hause einlangen, zu be-  
antworten, wird nur mehr allstündlich ein  
Bulletin ausgegeben werden.

Mittwoch. (Wolff.) Ein nicht unbe-  
trächtlicher Teil der Mitglieder der  
NSDAP. ist der Aufforderung, sich aller  
Getränke zu enthalten, nachgekommen.  
Infolgedessen ist der Bierkonsum in ganz  
Deutschland um 47,5 % zurückgegangen.  
Die Brauereiaktien sind an der Berliner  
Börse um zehn Punkte gefallen.

Adolf Hitler hat die Vertreter der aus-  
wärtigen und der deutschen Presse emp-  
fangen. Sie trafen ihn mit dem Weben  
von autarkem Braunhemdleinen beschäf-  
tigt an. Hitler legte den Pressevertretern  
die Ziele seiner Fastaktion dar, von deren  
Gelingen er unerschütterlich überzeugt  
zu sein erklärte. Er sagte unter andern:  
„Sie sehen, meine Herren, nach vierzig-  
stündigem Fasten bin ich bei vollen gei-  
stigen und körperlichen Kräften. Hin-  
denburg aber ist, obwohl er nicht fastet,  
ein Greis, dessen Tage gezählt sind. Es  
ist nicht schwer, zu erraten, wer es länger  
aushalten wird.“

Donnerstag. Die Pressestelle der  
NSDAP. meldet: Der Gesundheitszustand

des Führers ist über alles Erwarten gün-  
stig. Die Aerzte, die an seinem Lager  
weilen, haben festgestellt, daß er trotz  
des Fastens um 2,5 kg zugenommen hat.  
Gott ist sichtlich mit unserer großen  
Sache. Ihre Feinde haben alle Ursache,  
zu zittern.

(Halbamtlich.) In Anbetracht des dau-  
ernden Rückganges des Bierkonsums be-  
reitet die Reichsregierung eine Notver-  
ordnung vor, die die Brauereiunterneh-  
men ermächtigt, die Löhne um 10 % zu  
senken.

(Wolff.) Der Staatssekretär beim Reichs-  
präsidenten, Dr. Meißner, hat an Adolf  
Hitler folgendes Telegramm gesandt:

Herrn Hitler, Berlin, Hotel Kaiserhof.  
Der Herr Reichspräsident v. Hindenburg  
bedauert, mit Rücksicht auf seine bevor-  
stehende Abreise nach Neudeck, Ihr  
Schreiben in absehbarer Zeit nicht be-  
antworten zu können.

Freitag. Goebbels schreibt im „An-  
griff“: Der von der angstschlotternden  
Junkerregierung beratene Erwählte der  
Systemparteien hat durch sein nicht näher  
zu bezeichnendes Verhalten gegenüber  
dem erhabenen Führer der Menschheit  
einen Schlag ins Antlitz versetzt. Er wird  
sich vor der Weltgeschichte zu verantwor-  
ten haben. Ueberdies wird der Rechts-  
anwalt Parteigenosse Frank II beim  
Staatsgerichtshof gegen den Reichspräsi-  
denten und die Reichsregierung die An-  
klage wegen fahrlässiger Tötung er-  
heben... Die 14 Millionen nationalsozia-  
listischer Wähler werden es nicht dulden,  
daß die marxistischen Untermenschen,  
die das Deutsche Reich regieren, ihren  
ruchlosen Anschlag auf das Leben des  
Führers zu Ende führen. Stabschef Röhm  
hat angeordnet, daß alle Urlaube der SA.  
und SS. sofort abzubrechen sind. Sämt-  
liche Unterführer haben permanente  
Alarmbereitschaft. In wenigen Stunden  
wird das deutsche Volk zur erlösenden  
Tat aufgerufen werden.

Samstag. (Wolff.) In einer Massen-  
versammlung im Berliner Sportpalast  
sprach gestern Adolf Hitler. Er führte  
unter andern aus: „Nach der ausreichen-  
den Antwort des Reichspräsidenten habe  
ich mich entschlossen, meine Fasten heute  
um 24 Uhr zu beenden. Aber dieses hun-  
dertzwanzigstündige Fasten, das in der  
Geschichte nicht seinesgleichen hat, wird  
nicht umsonst gewesen sein. Für die  
deutsche Freiheitsbewegung ist es gleich-  
gültig, ob sie einige Monate früher oder  
später siegt. Doch ein Markstein auf dem  
Wege zu diesem Sieg wird mein großes  
Fasten sein.“

Hotel Kaiserhof, Berlin.

### Rechnung

für Herrn Adolf Hitler für Speisen und  
Getränke vom 26. bis 31. September.

6 erste Frühstücke à 4 M .....	24 M
6 Dejeuners (Fastenspeisen) à 6 M ..	36 „
6 Dinners (Fastenspeisen) à 7 M ..	42 „
12 Flaschen Bordeaux à 4 M .....	48 „
Sonstige Getränke .....	25 „
Li.	175 M

## Gift?

Ein Arzt schreibt uns: Heulend kam  
jüngst mein Junge aus der Schule nach  
Hause und erzählt mir auf Befragen, daß  
sein Mitschüler ihm vorgeworfen habe,  
daß ich meinen Patienten stets Gift ver-  
schreibe und einspritze, bis die Menschen  
ganz vergiftet seien. Ich tröstete ihn  
natürlich, so gut ich konnte. Aber was  
ist nun eigentlich Gift?

Wie oft hören wir im Leben von diesem  
ominösen Wort in allen Lagen des Le-

bens! Und wie wenig beschäftigt sich  
der Mensch mit dem wirklichen Wesen  
vom Gift! Der Grundbegriff im Ge-  
dankengang des Laien ist die Schädigung  
von Mensch und Tier, ja, sogar der  
Pflanzenwelt durch irgendeine äußere  
oder innere Einwirkung bis zur schließ-  
lichen Vernichtung. Dieses Wort oder  
vielmehr dieser Begriff ist von einer  
Vielgestaltigkeit in den phantasievollen  
Gedankengängen der Menschen und doch  
so unklar, so schlecht umrissen und so  
wechselvoll, daß ich glaube, mit dieser  
kleinen Plauderei auseinandersetzen zu  
sollen, was wir alles als Gift ansehen  
können und wie wir Menschen auf Ver-  
giftungen reagieren.

Der häufigste und klarste Begriff von  
Gift dürfte für die Stoffe gebraucht wer-  
den, von denen schon kleinste Mengen  
dem menschlichen Körper schwere Krank-  
heitserscheinungen, ja, sogar tödliche  
Wirkung bringen können. Ich erinnere  
an die Gifte der Tollkirsche, der Brech-  
nuß, des Seidelbastes, der Herbstzeitlose,  
verschiedener Pilzarten, Schlangengifte,  
Fleisch-, Wurst-, Fischgifte usw., und nicht  
zu vergessen auch die im Weltkriege zur  
Verwendung gekommenen Atmungsgifte.  
Die chemische Industrie hat eine Anzahl  
Giftstoffe erfunden, die in Bruchteilen  
von Milligrammen für den Menschen schon  
tödlich sind, und doch werden gerade ein  
Teil dieser starken Gifte zu Heilzwecken  
mit großem Vorteil und Nutzen bei Be-  
handlung von Krankheitszuständen des  
menschlichen Körpers angewandt.

Wir wissen heute durch eingehende  
Versuche über die größte für den ge-  
sunden menschlichen Körper ohne nen-  
nenswerten Schaden erträgliche Menge  
solcher „Gifte“, welche Wirkung diese  
auf krankhafte Veränderungen an und im  
Körper der Menschen ausüben, wir gehen  
aber noch mit geschlossenen Augen vor-  
über an vielen Giftwirkungen, die uns,  
wenn auch nicht plötzlich und so augen-  
fällig Schaden bringen, wie es diese  
starken Gifte bewirken. Wer hat nicht  
an sich selbst schon erfahren, daß ihm  
ein Erschrecken, eine starke seelische  
Erregung ein peinliches, leeres Gefühl  
in der Magengrube verursacht hat, das  
sich in kürzerer Zeit zu einer durch-  
schlagenden Abfuhrwirkung entwickelte?  
Man nennt dies gewöhnlich: Das Herz  
in die Hose fallen. Aber es ist zweifel-  
los eine Nervenreizung, die einer Gift-  
einnahme gleicht, wie ein Ei dem andern.  
Reden wir nicht häufig davon, daß Leber-  
leiden oder Gallenleiden von vielem  
Aerger herrühren sollen? Wenn auch  
die medizinische Forschung hierfür noch  
keinen Beweis erbringen konnte, so ist  
an solchem Volksglauben doch meist ein  
Körnchen Wahrheit.

„Herr Doktor, kommen Sie doch rasch  
zu unserm kleinen Fritz, er hat hohes  
Fieber und Durchfall mit Erbrechen!“  
So heißt es ja sooft, und wenn wir am  
Krankenbett unsern kleinen Patienten  
untersucht haben und nach der Ursache  
fragen, so hat der Junge zuvor eine un-  
heimliche Portion frischen Brotes ver-  
tilgt, ja, es braucht nicht einmal das  
frische als schädlich bekannte Brot ge-  
wesen zu sein, sondern nur zu viel und  
zu rasch gegessen. Und wenn wir genau  
überlegen, dann ist es mit andern Nah-  
rungsmitteln geradeso. Zu viel auf ein-  
mal, zu rasch hinuntergeschlungen und  
schlecht gekaut wirkt oft so rasch giftig  
wie sonst nur bekannte Gifte.

„Mein Kopf brummt, es ist mir mise-  
rabel zumute“, klagt der Student, der am  
Tag zuvor mehr Alkohol zu sich genom-  
men hat, als seine Natur gut ertragen  
mag. Aber schon alsbald nach Ueber-

schreiten der für ihn bekömmlichen  
Menge des guten Stoffes fühlt er die Gift-  
wirkung durch Unsicherheit in den Bei-  
nen und Verwirrung der Gedanken. Eine  
kleine Menge desselben Giftes in Form  
eines Glases Sekt oder einiger Tropfen  
der bekannten „Hoffmannstropfen“ wir-  
ken oft lebensrettend und werden selbst  
von den strengsten Abstinents als Heil-  
medikamente anerkannt.

So kommen wir allmählich zu der Er-  
kenntnis, daß Gift genannt werden kann  
nicht ein gewisser Stoff als solcher, sondern  
die Menge dieses Stoffes, die auf unsern  
Körper nachteilige Wirkung hervorruft.  
Die Art, wie dieser Stoff dem Körper  
begegnet, wie der menschliche Körper im  
Moment der Begegnung reagiert durch  
gute oder verminderte Widerstandsfähig-  
keit, ist bei der Giftwirkung von sehr  
wesentlicher Bedeutung. In den meisten  
Fällen ist „Gift“ für uns Menschen alles,  
was wir uns in einer für unsern Körper  
zu großen Menge zuführen, während der  
gleiche Stoff in kleinerer Menge von  
größtem Nutzen sein kann. Eine Auf-  
speicherung von Giften, wie sie von den  
Gegnern der medizinischen Wissenschaft  
vielfach in die Köpfe der Laien hinein-  
gepredigt wird, um die medikamentöse  
Therapie zu verdächtigen, ist im Körper  
in den allermeisten Fällen ausgeschlossen,  
da die Fremdstoffe vom Körper gewöhn-  
lich in Kürze wieder ausgeschieden wer-  
den. D. R.

## Der Zahlenrausch der Inflationszeit

In den Jahren 1920 bis Ende 1923 er-  
goß sich über Deutschland ein Milliarden-  
regen, wie ihn noch kein Volk kannte  
und hoffentlich in dieser Form nicht  
mehr miterleben braucht. Den kommen-  
den Generationen würde es wie ein  
Wunder erscheinen, wenn nicht die Ge-  
schichtsschreiber einwandfrei diese Epi-  
sode in der Zeitgeschichte verewigen  
würden, daß man sogar die Kinder zum  
Einholen von Haushaltsartikeln mit Mil-  
liardenscheinen ausstattete. Das Papier-  
geld war in solchen Mengen im Umlauf,  
daß bei Festigung der Währung, im No-  
vember 1923, 1 Billion Papiermark not-  
wendig waren, um 1 Goldmark dafür zu  
erhalten. Wieviel Papiermark insgesamt  
im Umlauf waren, ist nicht bekannt, da  
jede Gemeinde, ja sogar fast jeder  
größere Betrieb so viel Geld drucken  
ließen, als notwendig war, um der immer  
mehr steigenden Entwertung der Zah-  
lungsmittel nachzukommen.

Wie groß der Milliardenregen beson-  
ders im Jahre 1923 war, zeigt uns die  
Aufstellung der Jahreslohnsumme eines  
mittleren Baubetriebes. Die Bauhütte  
Chemnitz hat anlässlich ihres zehnjährigen  
Bestehens in einer übersichtlichen Ta-  
belle den Gesamtlohn, den sie für ihre  
Belegschaft im Jahre 1923 ausgab, ver-  
öffentlicht. Auf die einzelnen Monate  
verteilt, ergeben sich folgende Riesen-  
summen:

Monate	Gesamtsumme in Mark
Januar .....	4 830 103
Februar .....	11 146 919
März .....	30 112 058
April .....	37 964 328
Mai .....	38 970 047
Juni .....	129 397 345
Juli .....	840 614 463
August .....	10 163 187 719
September .....	277 679 595 303
Oktober .....	42 633 901 370 150
November .....	2 614 843 454 600 000
Dezember .....	3 877 416 500 000 000

Gesamtlohn 1923 6 535 212 791 788 435

Die Zahl in Worten ergibt: Sechs Bil-  
liarden, fünfhundertfünfunddreißig Bil-  
lionen, zweihundertzweifel Millionen,  
siebenhunderteinundneunzig Millionen,  
siebenhundertachtundachtzig Tausend,  
vierhundertfünfunddreißig Mark. Wie  
hoch wird wohl die Summe der Papier-  
mark in ganz Deutschland gewesen sein?

## Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Der Verbands-Taschenkalender 1933 ist als Jubiläumsausgabe herausgegeben  
worden. Bestellungen sind umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzu-  
geben. Der Preis ist erheblich herabgesetzt. Der Kalender kostet 45 Pfennig.



Gewerkschaften zu unterbinden, muß ein erneuter Ansporn sein, nach den bis jetzt schon erfolgten Drangsalierungen nun erst recht alles einzusetzen, diese Junkergesellschaft mit ihren Anhängseln zum Teufel zu jagen. Dazu dürften die kommenden Reichstagswahlen ein gegebener Anlaß mit sein.

## Zahlstellenberichte

**Berlin.** Unser alter Verbandsveteran Ernst Scheibel ist am 15. Oktober 80 Jahre alt geworden. Freund Scheibel ist einer der ältesten Verbandsmitglieder in Berlin. Bereits am 29. Januar 1886 ist er dem Verband beigetreten und ist bis zum heutigen Tage ohne Unterbrechung Mitglied gewesen. Ernst Scheibel hat das wechselvolle Schicksal der Zahlstelle Berlin miterlebt. Bei der Gründung des Verbandes waren es die Kämpfe zwischen Syndikalistischen und Zentralisten, an seinem Lebensabend hat Ernst Scheibel mit tiefer Betrübnis die Zersetzungsarbeit der Kommunisten in der Zahlstelle miterlebt. Selbst in den kritischsten Tagen war unser Kamerad ein treuer Anhänger unserer Sache. An dem Verbandsleben hat Ernst Scheibel immer regen Anteil genommen. Bis in die heutige Zeit hinein besucht er, sofern es ihm möglich ist, die Veranstaltungen des Verbandes. Die junge Generation sollte sich an Ernst Scheibel ein Beispiel nehmen. Seine Hingabe für die Sache in der Arbeiterbewegung, seine Ueberzeugungstreue und seine Ausdauer veranlassen uns, ihm an dieser Stelle unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

**Groß-Zimmern.** In unserer Mitgliederversammlung, die am 9. Oktober stattfand, war auch der Gauleiter, Kamerad Ebert, anwesend. Nach den geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden hielt Kamerad Ebert einen Vortrag über die Wirtschaftslage sowie über den Freiwilligen Arbeitsdienst. Der Referent erläuterte sehr ausführlich die erlassene Notverordnung, im besonderen den sozial- und tarifrechtlichen Teil und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Zu der Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes führte der Redner aus, daß die Gewerkschaften Richtsätze herausgegeben haben, wonach in allen Orten, wo der Freiwillige Arbeitsdienst in Frage kommen soll, vom Gewerkschaftskartell ein „Sozialer Dienst“ geschaffen werden sollte, der als Träger des Dienstes auftreten soll. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und die Aussprache bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Referenten. Vom Vorsitzenden wurde auf den Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933 hingewiesen und allen Kameraden dringend empfohlen, sich den Kalender zuzulegen. Bestellungen nimmt der Kassierer entgegen.

**Kiel.** Ausgehend von der Erkenntnis, daß den Gefühlen der Jugend mehr Rechnung getragen werden muß, hatten wir in unserer am 11. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung einen Jugendkollegen als Referenten zugezogen. Die Ausführungen des Kollegen Boldt von der Wirtschafts-anarchie zur Planwirtschaft fanden bei der Versammlung vollen Anklang. Auf die geschichtliche Epoche des Kapitalismus eingehend, behandelte er insbesondere die Nachkriegsentwicklung in Deutschland bis zur Papenregierung. Es mußte jedem einleuchten, daß beim Vorhandensein von rund sechs Millionen Arbeitslosen die bestehende Wirtschaftsordnung nicht intakt sein kann. Die Papensche Notverordnung gebe vielleicht dem Kapitalismus noch einmal die letzte Chance, in ihrem Sinne die Wirtschaft zu beeinflussen. Praktisch und im sozialistischen Gedankengang gesehen kommen wir so nicht aus dieser Not heraus. Das Auf und Ab in der Wirtschaft bleibe uns völlig gleichgültig. Eine grundlegende Umänderung dieses Systems sei die große Aufgabe der Arbeiterschaft. Der Ausweg liegt nur in der Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Eine Kontrolle des Staates in der Wirtschaft und in der Lohnpolitik ist ebenfalls Grundbedingung. Trotz des ungeheuren Aufschwungs der Produktion hat sich der

Kapitalismus nicht bemüht, irgendeine Aenderung zu schaffen. Große Teile des Volksvermögens sind planlos verschwendet, obgleich es hätte viel sinnvoller angelegt werden können. Auf Grund der sinnlosen Lohnpolitik ist es dem Arbeiter nicht mehr möglich, auch nur das Notwendigste zu kaufen, während eine kleine Schicht im Ueberfluß lebt. Daran sind die politischen Wahlen von 1930 und die Zersplitterung der Arbeiterschaft schuld. Diese und die letzten Wahlen zeugen aber auch davon, daß der Einfluß der Mittelschichten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Für uns gilt es, am 6. November die Sozialdemokratie zu stärken, um ihr und damit der Arbeiterschaft wieder den gebührenden Einfluß zu verschaffen. Anschließend an die trefflichen Ausführungen wurde noch der Film von der Bundesschule des ADGB in Bernau gezeigt. Die Versammlung fand mit dem Freiheitsgruß ihren Abschluß.

**Leipzig.** Am 13. Oktober hat eine gut besuchte Versammlung der Zahlstelle zur Notverordnung der Papenregierung vom 4. September Stellung genommen. Der Vorsitzende beleuchtete zunächst die politische Situation seit der diktatorischen Machtübernahme der Regierung des Herrenklubs. In seinen weiteren Ausführungen ging er dann zu der ungeheuerlichen Notverordnung vom 4. September über und erklärte eingehend ihre verhängnisvolle Auswirkung für das Baugewerbe. In einer Entschließung wurde gegen die Willkür der reaktionären Regierung auf das schärfste protestiert und die Kameraden aufgefordert, am 6. November der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. Auch in Leipzig haben schon einige Firmen den Versuch unternommen, die Löhne laut Notverordnung um 30 bis 50 % zu kürzen. Unsere Kameraden bei diesen Firmen werden sich diesen Lohnraub unter keinen Umständen gefallen lassen. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der Vorsitzende zwei einstweilige Verfügungen gegen unsere Organisation bekannt. Sie wurden erwirkt von zwei Baufirmen, weil unsere Zahlstelle alle Leipziger Baugenossenschaften aufgefordert hat, ihre Arbeiten nur von Firmen ausführen zu lassen, die auch voll und ganz die tariflichen Bestimmungen einhalten, was jedoch bei den Firmen, die die einstweilige Verfügung erwirkten, nicht zutraf. Gegen diese Verfügungen ist Einspruch erhoben worden. Nachdem der Vorsitzende noch auf das vierzigjährige Bestehen der Zahlstelle hingewiesen hatte, und die Kameraden aufforderte, die Jubiläumsteier am 29. Oktober recht zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung mit dem Kampfruf Freiheit! geschlossen.

## Baugewerbliches

### 3 Millionen Wohnungen müssen gebaut werden

Dr. Karl Wagner hat in dem Heft 13 der „Baugilde“ den künftigen Wohnungsbedarf Deutschlands untersucht. Im ersten Teil seiner Untersuchung stellt Dr. Wagner fest, daß die Bevölkerungsbewegung nunmehr konstant bleibe. Wie Ernst Kahn, Frankfurt a. M., so kommt auch Wagner zu der Ueberzeugung, daß die deutsche Bevölkerung im Jahre 1960 mit 69,75 Millionen ihren höchsten Stand erreicht. Viel wesentlicher sei jedoch die starke Zunahme der haushaltbildenden Bevölkerung. Sie sei vom Jahre 1910 bis 1925 um rund 21,9 % gewachsen, obwohl die Gesamtbevölkerung in dieser Zeit nur 8 % zugenommen habe. Vor dem Kriege wurden jährlich ungefähr 200 000 Wohnungen errichtet. Erst im Jahre 1926 sei es möglich gewesen, das Ausmaß der Vorkriegs-Wohnungsbautätigkeit zu erreichen. Gegenwärtig leben rund eine Million Familien in Untermiete, wovon die Hälfte nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise eine eigene Wohnung beanspruchen dürfte.

In den Jahren 1927 bis 1930 habe bei einem durchschnittlichen Reinzugang von 300 000 Wohnungen und einem gleichzeitigen Reinzugang von 300 000 Haushaltungen ein Ausgleich stattgefunden. In den nachfolgenden Jahren habe sich die Bautätigkeit erheblich verschlechtert, obwohl auch in den letzten Jahren noch rund 200 000 Haushaltsgründungen jährlich erfolgt sind. Auf Grund genauer Untersuchungen kommt Dr. Wagner zu der Ueberzeugung, daß im laufenden Jahrzehnt jährlich mindestens rund 300 000 Wohnungen, vorübergehend sogar jährlich 400 000 Wohnungen gebaut werden müssen. Der Zuwachs an Haushaltungen betrage für das nächste Jahrzehnt 2,4 Millionen. Hinzu kommt ein subjektiver Wohnungsbedarf von rund 500 000 und ein laufender Abbruchbedarf im gleichen Zeitraum von rund 200 000. So ergibt sich, daß im nächsten Jahrzehnt rund 3 100 000 Wohnungen gebaut werden müssen. Nach unserer Auffassung ist die Zahl der abbruchreifen Wohnungen viel höher in Ansatz zu bringen, als das in den Untersuchungen von Dr. Wagner geschieht. Schon in der Vorkriegszeit wurden jährlich rund 40 000 Wohnungen abgebrochen, und es ist anzunehmen, daß der Wohnungsbestand an Altwohnungen recht erheblich überaltert und abbruchreif geworden ist. Man wird richtig schätzen, wenn man die Zahl der abbruchreifen Wohnungen doppelt so hoch schätzt wie in der Vorkriegszeit. Bis zur Erreichung eines festen Wohnungsbestandes, etwa um das Jahr 1960 herum, sind nach Dr. Wagner rund 400 000 Wohnungen für den Haushaltszuwachs und in dem Jahrzehnt von 1950 bis 1960 noch über 5 Millionen Wohnungen zu bauen. In der gleichen Zeit müßten etwa 1,5 Millionen Altwohnungen abgebrochen werden. Der Wohnungsbestand Deutschlands, der gegenwärtig 16,4 Millionen Wohnungen beträgt, müßte dann auf ungefähr 20 Millionen Wohnungen angewachsen sein. Diese 20 Millionen Wohnungen müßten sich aus 12 Millionen Alt- und 8 Millionen Neubawohnungen zusammensetzen. Wir sehen also, daß das Baugewerbe Arbeitsmöglichkeiten in Hülle und Fülle hat. Es kommt in erster Linie darauf an, Mittel und Wege zu finden, um die finanziellen Voraussetzungen für den Wohnungsbau zu schaffen. Die öffentliche Hand muß mehr als bisher die Wohnungsbaufinanzierung übernehmen. Die daniederliegende Bauwirtschaft verlangt gebieterisch, daß nunmehr Taten folgen.

### Einschränkung der Bautätigkeit — gleich Kommunistenbekämpfung

Die baugewerblichen Arbeiterverbände in Mecklenburg-Schwerin haben in einer längeren Eingabe an die Landesregierungen in Schwerin und Strelitz dargelegt, daß die Streckung der vorhandenen Bauarbeit und ein Verbot der Ueberarbeit über die 48stündige Arbeitszeit hinaus von der Regierung dringend anzuordnen wäre. Darüber hinaus haben die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes eine stärkere Belebung der Bautätigkeit durch Gewährung von Staatshilfe gefordert. Es würde auch eine stärkere Förderung der Randstadtsiedlungen verlangt. In seiner Antwort teilt der mecklenburgische Ministerpräsident, der Nationalsozialist Granzow, mit, daß die Landesregierung im Rahmen einer Verordnung für die Belebung der Wirtschaft nach dem Vorschlag der Bauarbeiter Vorsorge treffen werde. Mit der Randstadtsiedlung könne er sich jedoch nicht befreunden. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Ich bitte, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß ich diese Stadtrand-siedlungen nur für diejenigen für wertvoll halte, die durch eine feste Anstellung in ihrer Lebenshaltung unbedingt gesichert sind. Wenn diese Voraussetzung nicht zutrifft, muß ich immer wieder darauf hinweisen, daß mit Siedlungshäusern ohne Land ein ländliches Proletariat geschaffen und somit dem Kommunismus auch auf dem Lande Eingang verschafft wird. Die rus-

sische Revolution ist nach dem Zeugnis von Lenin nur mit dem ländlichen Proletariat gelungen.“ Wenn nach Granzow der Kommunismus bekämpft werden soll, dann braucht man nur die Stadtrand-siedlung und die Siedlung überhaupt einzustellen. Es ist eine recht merkwürdige These, die der nationalsozialistische Ministerpräsident aufstellt: Einschränkung der Siedlungstätigkeit — gleich Kommunistenbekämpfung!

## Gewerkschaftliches

### Eine neue Selbstentlarvung

Wie der „Vorwärts“ Nr. 485 vom 14. Oktober 1932 in einem Eigenbericht aus Torgau über den erfolgreichen Abwehrstreik in der Steingutfabrik von Villeroy & Boch mitteilt, erklärte dort in einer von der RGO. (!) einberufenen Versammlung der Gaubetriebszellenleiter Brachmann der NSBO. aus Halle a. d. S. u. a.: „Für die NSBO. und RGO. gibt es nur einen gemeinsamen Gegner, nämlich die Freien Gewerkschaften!“

Daß die Nationalsozialisten in den Gewerkschaften und nicht in den Unternehmern ihre Gegner sehen trotz des Scheinkampfes gegen Hugenberg, den die NSDAP. jetzt führt, ist nichts Neues. Bezeichnend ist nur, daß die RGO.-Leute sich derartige Aussprüche anscheinend gefallen lassen.

### Der Streikbruch liegt ihnen im Blute

Das Verordnungsblatt der obersten SA-Führung enthält in Nr. 8 (München, 8. August 1932) eine besondere Anordnung über Streikbrecher, die recht interessant ist:

„4. Betrifft Streikbrecher.

Es ist der Fall eingetreten, daß sich ein Sturmführer SA.-Männer als Streikbrecher einer bestreikten Firma zur Verfügung gestellt hat, trotzdem der zuständige Gaubetriebszellenleiter den Streik als richtig billigte.

Ich kann ein solches Vorgehen der SA.-Führer unmöglich dulden, da es das Ansehen der Partei schädigt. Zumindest hätte der in Frage kommende SA.-Führer vor Erteilung eines solchen Befehls sich mit dem zuständigen Betriebszellenleiter in Verbindung setzen müssen.

Ich ordne daher an, daß in Zukunft bei Streiks SA.-Männer nur dann zur Verfügung gestellt werden dürfen, wenn die für den streikenden Betrieb zuständige Betriebszellenleitung sich gegen den Streik ausspricht und mit der Verwendung von SA.-Männern einverstanden ist.

Gezeichnet der Chef des Stabes: Röhm.“

Es ist doch sehr bezeichnend, daß es eines eigenen Befehls von Schull-Röhm bedarf, um die Streikbrecherarbeit bei den Nationalsozialisten einzudämmen und zu regulieren. Der Unternehmer weiß recht gut, was er an diesen Sturmführern hat. Diese Landsknechtsnaturen fragen nach nichts und sind zu allem fähig, wenn sie nur dementsprechend bezahlt werden. Dagegen werden auch alle Befehle und Anordnungen der obersten Führer nichts helfen. Handgeld, Freibier und Zigarren sind für die Söldlinge des Finanzkapitals wichtigere und überzeugendere Argumente als die Warnung der Führung vor Parteischädigung.

## Genossenschaftsbewegung

### Deutsche Erzeugnisse und Konsumgenossenschaften

Den Gegnern der Konsumgenossenschaften ist jedes Mittel recht, die Selbsthilfe der Verbraucher zu verunglimpfen. So wird in jüngster Zeit wiederholt versucht, die Landwirtschaft gegen die Konsumgenossenschaften in Harnisch zu versetzen mit der Behauptung, die Konsumgenossenschaften bzw. ihre Einkaufszentrale, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine, vernachlässige den Absatz deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Man stützt die Behauptung durch den Hinweis, daß der Bezug von Inlandbutter durch die GEG. weit hinter den Bezügen an ausländischer Butter zurückbleibe.

**Das Volk muß bluten! Die Barone notverordneten Sozialabbau, harte, neue Steuern und bedrohen unsere Freiheit. Im Zeichen der drei Pfeile muß jeder Gewerkschafter Schulter an Schulter mit allen Mitgliedern der Eisernen Front für die Freiheit kämpfen.**



Zunächst ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den gesamten Bedarf der deutschen Bevölkerung an Butter zu befriedigen. Die Einfuhr ausländischer Butter ist also noch nicht zu vermeiden. Wollen die Konsumgenossenschaften ihren Grundsätzen treu bleiben, so können sie nur Bedarfsgüter in bester Beschaffenheit führen. Das gilt im besonderen Maße von einem so hochwertigen Nahrungsmittel, wie es die Butter ist. Die GEG. hat sich wiederholt bemüht, beste deutsche Butter in großen Mengen zu beziehen, doch leider vergeblich. Sollten die Konsumgenossenschaften für die ihnen angeschlossenen Verbraucher gute Butter in ausreichenden Mengen erhalten, so blieb der GEG., nachdem der Bedarf im Inland nicht allein gedeckt werden konnte, nichts anderes übrig, als Auslandsbutter einzuführen. Der Anteil der GEG. an der gesamten Buttereinfuhr belief sich im Jahre 1930 auf 7,9 % und im Jahre 1931 nur noch auf 6,3 %. Der weit größere Teil der Einfuhr entfällt also auf den privaten Großhandel. An dieser mangelnden „vaterländischen“ Gesinnung nimmt der deutsche Landwirt und der kaufmännische Mittelstand keinen Anstoß. Die Einfuhr von Auslandsbutter ist im letzten Jahre erheblich zurückgegangen. Von dem Umsatz der GEG. an Butter entfielen auf deutsche Butter im Jahre 1930 13,9 %, im Jahre 1931 38,7 % und in der ersten Hälfte des Jahres 1932 hat der Inlandbezug fast 50 % des gesamten Butterbezugs der GEG. betragen. Be weisen diese Zahlen nicht, daß sich die GEG. wirklich um den Absatz deutscher Erzeugnisse bemüht? Der direkte Einkauf bei Landwirten und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die GEG. und die einzelnen Konsumgenossenschaften wird alljährlich auf rund 150 Millionen Reichsmark geschätzt, dennoch stehen viele Landwirte und ihre Genossenschaften der Konsumgenossenschaftsbewegung noch fremd gegenüber. Diese Einstellung bringt beiden Teilen keinen Nutzen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Verbraucher genossenschaften könnte die Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gütererzeugung zum Wohle der deutschen Wirtschaft beträchtlich steigern.

## Sozialpolitisches

### Verbilligtes Fleisch für Hilfsbedürftige

Im Rahmen der Winterhilfe sollen auch in diesem Jahr Mittel zur Verfügung gestellt werden, durch die für Hilfsbedürftige für die nächsten Wochen der Bezug von frischem Rind- oder Schweinefleisch zu einem verbilligten Preis ermöglicht werden soll. Das Verfahren über den Gutscheinbezug wird in der gleichen Form gehandhabt wie im vorigen Jahr. Danach wird der Gutschein, der vom Fürsorgeverband zu stempeln ist, über das Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt den Unterstützungsempfängern übermittelt. Berechtigter zur Teilnahme an der Fleischverbilligung sind Hauptunterstützte a) der Arbeitslosenversicherung, b) der Krisenfürsorge, c) der Wohlfahrtsfürsorge, d) der gehobenen Fürsorge, e) der allgemeinen Fürsorge, soweit sie Zuschlagsempfänger aufweisen oder einen eigenen Haushalt haben.

Mit der Abgabe des verbilligten Fleisches soll schon am 17. Oktober begonnen werden. Der erste ausgegebene Bezugsschein soll drei Abschnitte enthalten, von denen der erste für die Zeit vom 17. Oktober bis 12. November, der zweite und dritte für die Zeit vom 1. bis 30. November Geltung haben. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, den Bezugsschein noch rechtzeitig auszugeben, um den ersten Bezugsschein noch vor seiner Ablauffrist gebrauchen zu können.

Die vorerst durchgeführte Aktion der Fleischverbilligung bedeutet, daß die Empfangsberechtigten auf ihren Gutscheinen Frischfleisch zu einem verbilligten Preis von 20  $\text{g}$  unter den Tagespreisen, oder wo Kommunalverbände mit den Fleischverkaufsstellen besonders ver-

billigte Preise für Unterstützungsempfänger vereinbart haben, 20  $\text{g}$  unter diesem Preis das Fleisch erhalten sollen. Für jeden Berechtigten sind monatlich zwei Pfund von diesem verbilligten Fleisch in Aussicht gestellt.

Die Ermäßigung, die durch die Winterhilfsmaßnahmen eintreten soll, ist gegenüber der vorjährigen Regelung als äußerst dürftig zu bezeichnen. Die Unterstützungssätze sind gegenüber dem Vorjahr durch die rigorosen Abbaupläne, die die Papen-Regierung vorgenommen hat, überhaupt nicht mehr in Vergleich zu ziehen. Dazu kommt, daß im Vorjahr den Hilfsbedürftigen eine Ermäßigung von 30  $\text{g}$  für das Pfund Fleisch gewährt wurde. Es ist also durch diese Hilfsmaßnahmen bei weitem nicht das zu erreichen, was die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie immer fordert: daß für die Arbeitslosen eine durchgreifende Unterstützung, um die Not, in der sie sich befinden, erträglicher zu gestalten, erreicht wurde. Ueber den Bezug von verbilligten Kohlen ist vorerst von den zuständigen Stellen noch nichts unter- nommen worden.

## Wirtschaftspolitisches

### Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung meldet für die zweite Hälfte des Monats September einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 163 000. Während des ganzen Monats September hat nach diesen Zählungen die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um 123 000 abgenommen. Diese Besserung soll auf saisonmäßige Einflüsse, auf die Maßnahmen der Reichsregierung und im beschränkten Umfange auf die bekannten Aenderungen des Unterstützungsrechtes zurückzuführen sein. Das ist reichlich unklar ausgedrückt. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die auf Grund der Verordnung eingetretene Rechtslosmachung von Arbeitslosen auch weiter dazu beigetragen hat, daß die Arbeitslosen von den Arbeitsämtern einfach verschwinden. Mehreinstellungen werden von der metallverarbeitenden Industrie, vom Baugewerbe und von der Industrie der Steine und Erden gemeldet. Diese Mehreinstellungen sollen überwiegend auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zurückzuführen sein. Ein saisonmäßiger Auftrieb ist zu verzeichnen in der Landwirtschaft, im Bekleidungs- und in mehreren Zweigen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. Anzeichen einer konjunkturellen Entspannung bleiben nach der gleichen Quelle auf einzelne Zweige der Spinnstoffindustrie und der Holzverarbeitung beschränkt. Die Zahl der Notstandsarbeiter konnte im Laufe des September von 67 000 auf 72 000 vermehrt werden. Im Freiwilligen Arbeitsdienst werden rund 200 000 beschäftigt gegen 144 000 im Vormonat. Wenn der Arbeitsmarkt sich im September um 123 000 vermindert hätte, dann könnte man von einer fühlbaren Besserung sprechen. Da dies aber nicht der Fall ist, bleibt die Auswirkung der Krise auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor bestehen. Ob die Ankurbelungsmaßnahmen der Reichsregierung irgendwelchen Erfolg haben, wird erst später festzustellen sein.

## Arbeiterversicherung

### Der neue Kurs in der Hilfsbedürftigkeitsprüfung

Seit Herr von Papen den Kurs in der Reichspolitik bestimmt, wird fieberhaft von den Ministerialräten und den übrigen Bürokraten im Staats- und Verwaltungs-

dienst gearbeitet, um das Schicksal der Arbeitslosen noch schwerer zu gestalten, als es ohnehin schon ist. Die Neu- regelung der Bedürftigkeitsprüfung, die auf Grund der Papen-Schleicherschen Notverordnungen eingeführt wurde, muß in einer ganz brutalen Form von den Arbeitsämtern und mit einer Begutachtung durch die Gemeinden durchgeführt werden. Rund 80 Fragen enthält das neue Antragsformular auf Arbeitslosen- unterstützung, Krisenunterstützung und für Weiterbewilligung der Krisenunter- stützung nach 13 Wochen.

Neben den formalen Feststellungen der Personalien und des Berufs erstreckt sich der erste Teil des Fragebogens auf die Ermittlung der Arbeitsverhältnisse für die zurückliegenden zwölf Monaten oder seit dem letzten Unterstützungsbezug. Dann fängt aber schon gleich die indiskretere Fragestellung an: Sind Sie mit einem der Arbeitgeber, bei dem Sie beschäftigt waren, verwandt oder verschwägert? Welche Angehörigen haben Sie, unter andern auch uneheliche Kinder? Sind Sie verlobt usw.? Haben Sie oder Ihre Angehörigen einen Betrieb oder einen Besitz? Größe in Ar, Hektar, Morgen, Acker oder Scheffel. Oder: Haben Sie einen Weinberg oder ein Almende? Wenn nur in Pacht, ja oder nein? Von den Arbeitslosen, die einen Viehbestand haben, müssen neben den Pferden und den Ochsen die Ziegen und das Federvieh angegeben werden. Wieviel ist der jährliche Reinertrag? Die Fragestellung, ob der Arbeitslose einen Wanderschein, eine Gewerbelegiti- mationskarte, einen Hausmannsposten oder sonstige Nebenbeschäftigungen hat, versteht sich am Rande. Besonders ausführlich erstreckt sich die Fragestellung über Einkommen aus Renten. Es würde zu weit führen, den Fragenkomplex aus diesem Abschnitt näher zu erläutern. Am Schluß des vier Seiten umfassenden Fragenkomplexes steht dann noch ein Gelöbnispruch, daß alle Angaben mit bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden und daß den Arbeitslosen be- kannt ist, daß unberechtigter Bezug von Unterstützungen oder der Versuch, un- berechtigt solche zu erlangen, strafrecht- lich verfolgt wird. Wenn diese Fragen alle beantwortet sind, dann erst beginnt die Prüfung.

### Rechtliches über Krankenkassen- sachleistungen und ärztliche Behandlung

In dem § 182 Ziffer 1 der Reichsver- sicherungsordnung ist bekanntlich ent- halten, daß den versicherten Mitgliedern der Krankenkassen als Krankenhilfe neben Krankenpflege auch ärztliche Be- handlung und Versorgung mit Arznei und andern kleineren Heilmitteln ge- währt werden müssen. Ganz allgemein galten bisher als ärztliche Sachleistungen auch Röntgen-, Licht- und Wärmebehand- lung (Höhensonnen- und Diathermie- behandlung), die man als gesetzlich zulässige „kleine Heilmittel“ ansah. Durch Entscheidungen des Reichsver- sicherungsamts war allerdings hierin bereits mehrfach versucht worden, eine andere Auffassung darin herbeizuführen, indem man die Röntgen-, Licht- und Wärmebehandlung als „ärztliche Behand- lung“ gemäß dem vorerwähnten Para- graphen erklärt wissen wollte. Hierdurch wurde aber wiederum den Krankenkassen das Recht genommen, diese Heilmethoden nicht mehr nur im Rahmen kleiner Heil- mittel, sondern nur noch in vollem Um- fange, ohne jede Einschränkung, als ärztliche Behandlung zu gewähren. Mit- hin änderte sich der alte Zustand durch diese Entscheidungen selbst nicht, und die Krankenkassen hatten auch keine Veranlassung, die bisher bewährten und gemachten praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der gewährten Röntgen-,

Licht- und Wärmebehandlung als Sach- leistungen nunmehr sofort umzustellen. Natürlich waren auf die Dauer die Aerzte mit dieser Stellungnahme der Kranken- kassen absolut nicht zufrieden, sondern behaupteten, daß diese „ärztlichen Be- handlungen“ nach § 122 der Reichsver- sicherungsordnung auch durch approbierte Aerzte zu leisten sind. Nach § 368 der Reichsversicherungsordnung wären ferner die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Aerzten durch schriftlichen Vertrag zu regeln und unterliege auch diese Frage der vorerwähnten Vertrags- regelung usw.

Gegen diese letzterwähnte Auffassung der Aerzte wenden sich nunmehr mit Recht die einzelnen Krankenkassen. Be- sonders könnten diejenigen Kranken- kassen, die bisher die vorerwähnten Sachleistungen schon seit Jahren gewährt hätten, sich neben dem geschriebenen angeblichen Aerztervertragsrecht auch auf das ungeschriebene Gewohnheitsrecht be- rufen. Dies um so mehr, wenn bei diesen Krankenkassen sachliche und fachliche Einrichtungen (wie Röntgenzimmer, Licht- und Wärmebehandlungsräume) bereits eingerichtet beziehungsweise sogar vor- handen waren. Ferner sei aus den vor- handenen Richtlinien des Reichsaus- schusses für Aerzte und Krankenkassen das Gegenteil auch nicht ersichtlich, sondern sie würden dort als Sach- leistungen bezeichnet und nicht als „ärztliche Behandlung“. Und endlich kommt hinzu, daß die zur Durchführung der Licht- und Wärmebehandlung er- forderlichen Apparate bereits so vereinfacht worden sind, daß sie von geschultem, nichtärztlichem Personal mit gleichem Er- folg bedient werden können. Gesundheits- schädigungen von Patienten sind den Krankenkassen auch nicht bekannt- geworden. Dagegen sind aber wesentliche Kostenersparungen durch diese in vielen Krankenkassen bereits getroffenen Ein- richtungen erzielt worden, die wiederum andern kranken Versicherten zugute kommen konnten. Hieraus ergibt sich zweifellos, daß unter diesen veränderten Umständen kein ernsthafter Grund mehr vorliegt, diese Heilmethoden noch weiter als „ärztliche Behandlung“ im Sinne des § 182 der Reichsversicherungsordnung anzusehen, sondern sie haben als kleinere Heilmittel, das heißt als ärztliche Sach- leistungen zu gelten, wie es früher auch stets geschehen ist. Die Krankenkassen- verbände müssen deshalb an zuständiger Stelle dahingehend wirken, daß das Reichsversicherungsamt diesen Stand- punkt im Interesse der Krankenkassen- mitglieder auch in Zukunft in klarer Weise vertritt, damit in dieser Notzeit den Krankenkassen keine unnützen finan- ziellen Opfer auferlegt, sondern diese Kassenmittel vielmehr im Interesse der versicherten Kassenmitglieder ander- weitig verwandt werden können. R. V.

## Arbeitsrechtliches

### Einstweilige Verfügung!

Die Notverordnungen vom 5. September und die ihr folgenden Ausführungs- bestimmungen haben eine unheilvolle Situation auf dem Gebiete des Arbeits- rechts geschaffen. Nach Ansicht der Reichsregierung, die sie besonders zu be- kräftigen versucht in einer Verordnung vom 5. Oktober, soll die Aenderung des Lohnes für die 31. bis 40. Wochenarbeits- stunde als Bestandteil des Tarifvertrages angesehen werden und damit in den Einzel-Arbeitsvertrag übergehen. Das be- deutet nach Auffassung der Reichs- regierung, daß die Friedenspflicht, die von den Vertragsparteien nach Abschluß jedes Tarifvertrages übernommen wird, auch jetzt nach einem einseitigen Eingriff in das Tarifrecht, Geltung habe. Dem- gegenüber vertreten die Gewerkschaften die Auffassung, daß der Reichsregierung nicht das Recht zusteht, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung Eingriffe in bestehende Tarifverträge vorzunehmen, ohne den Parteien das Recht auf Ver- handlungen einzuräumen.

Die Arbeitnehmer wehren sich gegen diese ihnen zugefügten Entrechtungen. Die Abwehr kann nur mit Erfolg bei ge-

## „Der Zimmerer“

will die Verbandskameraden schnell und zuverlässig über alle Gewerkschaftsfragen informieren. Sorgt deshalb, daß die Verbandszeitung pünktlich und wöchentlich kolportiert wird.



schlossenem Kampfwillen in den Betrieben vorgenommen werden, wo Unternehmer untertarifliche Entlohnungen vornehmen und damit gegen den bestehenden Tarifvertrag verstoßen. Solche Kämpfe sind schon seit Inkrafttreten der Verordnung in verschiedenen Industriezweigen geführt worden. Es waren darunter Kämpfe, die mit Erfolg endeten. Die Unternehmer haben eingesehen, daß durch diese weitere Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft der Wirtschaft nicht viel geholfen werden kann. Andererseits aber haben sich bestreikte Unternehmer auf den Standpunkt gestellt, daß die Notverordnung, die einen vollendeten Einbruch in das Tarifrecht vornahm, unter allen Umständen durchzuführen sei.

Von den Abwehrkämpfen im Baugeberbereich haben wir im „Zimmerer“ laufend berichtet, darunter auch über den Münchener Fall, wo die Einstweilige Verfügung gegen den von unsern Kameraden durchgeführten Streik erlassen ist. Man greift damit zu einem in der Tarifgeschichte nur selten angewandten Mittel. Im zivilprozessualen Verfahren gehören Einstweilige Verfügungen zu den alltäglichen Erscheinungen. Nach den Vorschriften des Arbeitsgerichtsgesetzes kommen Einstweilige Verfügungen in Frage, wenn ein Recht einer Partei gefährdet ist, also etwa bei Tarifbruch, Boykott und Kampfschäden. Die Einstweilige Verfügung enthält dann das Gebot der Unterlassung oder Weiterführung einer Handlung. Für Einstweilige Verfügungen ist grundsätzlich allein das Gericht der Hauptsache, in arbeitsrechtlichen Sachen also das Arbeitsgericht, zuständig. Nur in dringenden Fällen ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk sich der Streitgegenstand befindet, auch berechtigt, im arbeitsgerichtlichen Verfahren eine Einstweilige Verfügung zu erlassen. Eine Einstweilige Verfügung kann jede der Vertragsparteien gegen die andere, wenn sie die vom Gericht als stichhaltig anerkannten Gründe vorzubringen vermag, beantragen. Die praktisch bedeutsamsten Einstweiligen Verfügungen in Fällen von Streiks werden meist erwirkt, wenn zur Regelung eines einstweiligen Zustandes in bezug auf ein strittiges Rechtsverhältnis diese Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile unbedingt nötig erscheint. Der bei allen Einstweiligen Verfügungen geltende Grundsatz, daß sie eine einstweilige Regelung darstellen, ist besonders bei tarifrechtlichen Streitigkeiten von Bedeutung, weil sie weittragende Folgen mit sich bringen kann. Voraussetzung für den Erlaß der Einstweiligen Verfügung ist außer den schon angeführten Gründen, daß sowohl der Anspruch, um dessen Sicherung oder einstweilige Regelung es sich handelt, als auch die dringenden Gründe, die nach den Vorschriften der Zivil-Prozeß-Ordnung der §§ 935 ff. die Maßnahmen der Einstweiligen Verfügungen rechtfertigen und glaubhaft gemacht werden können.

Zum Verfahren selbst wäre folgendes zu bemerken. Ueber den Antrag auf Einstweilige Verfügung kann ohne mündliche Verhandlung durch Beschluß der Vorsitzende allein entscheiden. Nach Verhängung der Einstweiligen Verfügung durch den Vorsitzenden müssen die Parteien zur mündlichen Verhandlung geladen werden, und es entscheidet dann über die Rechtsgültigkeit des Urteils des Vorsitzenden die Kammer des Arbeitsgerichts. Ein Güetermin, wie im arbeitsgerichtlichen Verfahren, findet bei einem Verfahren über Einstweilige Verfügung nicht statt.

Das zu entscheidende Gericht muß über die Maßnahmen, die in der Einstweiligen Verfügung zur Erreichung ihres Zweckes anzuordnen sind, Näheres bestimmen. Das Gericht muß also in seinem Urteil den Zweck der Einstweiligen Verfügung genau umschreiben. Weiter kann bei Nichtbefolgung des Urteils eine Strafandrohung im Urteil festgelegt werden, die dann nicht nur den Charakter einer Vollstreckungsmaßnahme bedeutet, sondern zugleich eine Ungehorsamsstrafe ist und bei Zuwiderhandlung vollstreckt werden kann. (Siehe die im „Zimmerer“

Nr. 42 bekanntgegebene Einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts München.)

Die Unternehmer verfolgen also mit der Wirkung von Einstweiligen Verfügungen eine direkte Streikabwägung. Nicht überall wurde den Anträgen der Unternehmer auf Erlaß einer Einstweiligen Verfügung, wo die Belegschaft in den Streik getreten ist, um sich ihrer berechtigten Tarifansprüche zu erwehren, stattgegeben, aber dann nur deshalb nicht, weil die Klage, wie der juristische Ausdruck dafür ist, nicht „schlüssig“ war. Es ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer noch mehr von diesem immerhin nicht ganz fairen Mittel im Wirtschaftskampf Gebrauch machen werden. Wie unser Kampf gegen diese Methoden der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern enden wird, muß die Zukunft lehren. Es bedeutet eine rein juristische Frage, ob die von der Regierung Papeinseitig verordnete Lohnkürzung mit der den Tarifvertragsparteien obliegenden Friedenspflicht zu vereinbaren ist. Als letzte Auslegungsinstanz hat das Landesarbeitsgericht, wenn es sich nur um das Zurechtbestehen der Einstweiligen Verfügung handelt, zu entscheiden. Läuft dagegen neben dem Streitverfahren der Einstweiligen Verfügung auch ein besonderes Verfahren auf Erfüllung oder Schadensersatz (zum Beispiel Lohnklage), so ist auch die Revision zulässig und es entscheidet dann das Reichsarbeitsgericht endgültig.

## Politische Wochenschau

**Neue Beschlüsse der Reichsregierung — Die Münchener Rede des Herrn von Papein — Der Verfassungsverstreit vor dem Staatsgerichtshof — Wahlaufbruch der Sozialdemokratie — Luetgebrune bleibt Lahusens Anwalt — Fememord bei den Nazis**

Das Kabinett der Barone und Junker hat sich in seiner letzten Sitzung mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. So wurde eine Erweiterung der Befugnisse eines Bankkommissars beschlossen. Ueber die Persönlichkeit, für die ursprünglich Dr. Schacht in Frage kommen sollte, ist noch nichts bekannt. Auch wurde zu der angekündigten Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung Stellung genommen und Beschlüsse dahingehend gefaßt, daß die Erhöhung nur für die Unterstützung auf der Arbeitslosenversicherung — Krisenunterstützte und Wohlfahrtsempfänger sind ausgenommen — in Frage kommt. Der Außenminister erstattete Bericht über die außenpolitische Lage, und das Kabinett hat beschlossen, sich an der Viermächte-Konferenz, die in Genf stattfinden soll, nicht zu beteiligen.

Reichskanzler von Papein hat in der letzten Woche in München eine Rede vor den bayrischen Großindustriellen gehalten, in der er sich in der Hauptsache zur Reichsreform äußerte. Dabei erklärte er unter anderem, daß man in Deutschland dahin kommen müsse, der Regierung allein und nicht dem Parlament die Handhabung der Staatsgewalt zu überlassen. Weiter sprach er davon, daß die Gleichberechtigungsforderung, die die nationalen Kreise in der Wehrfrage überall verkünden, von der Reichsregierung mit allem Nachdruck unterstützt wird. Das ist der wahre Kurs dieser Regierung der Barone.

Vor dem Staatsgerichtshof begannen in der letzten Woche die Verhandlungen über den Verfassungsverstreit zwischen der Preußen-Regierung Braun-Severing, den Regierungen Bayern und Baden, sowie den preußischen Landtagsfraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen die jetzige Reichsregierung. Der Staatsgerichtshof soll entscheiden, ob es auf Grund der Reichsverfassung zulässig ist, eine Landesregierung abzusetzen und eine kommissarische Regierung an ihre

Stelle zu berufen. Die Parteien sind durch namhafte Staatsrechtslehrer vertreten.

Die Sozialdemokratie hat einen Wahlaufbruch erlassen, in dem besonders der Barons-Regierung und ihren Helfern, den Nazis und Hugenbergern, der schärfste Kampf angesagt wird. Nicht Diktatur und Monarchie, sondern der Kampf der Arbeiterschaft muß sich für Erhaltung der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung mit aller Macht einsetzen. Es ist Pflicht der arbeitenden Bevölkerung, am 6. November nur der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben.

Vor einiger Zeit wurde die Meldung verbreitet, daß die Nazianwälte Luetgebrune und Frank II die Verteidigung Lahusens niederlegen. Diese Meldung traf nicht zu, sondern Luetgebrune bleibt nach wie vor Verteidiger des größten Betrügers, der in dem Deutschland der Nachkriegszeit existierte. Hier sieht man sehr deutlich die enge Verbundenheit zwischen den Nazis und ihren kapitalistischen Geldgebern, von denen Lahusen einer der freigebigsten war.

Seit der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Braunschweig ist schon der sechste Fememord begangen worden. In der letzten Woche wurde ein SA-Mann vermutlich von seinen Parteigenossen um die Ecke gebracht. Die Braunschweiger Polizei spielte bei der Untersuchung des Falles eine sehr merkwürdige Rolle. Den Mördern ist es gelungen, spurlos zu verschwinden.

## Briefkasten der Redaktion

Oldenburg S. T. Durch eine Verordnung vom 8. Februar 1929 ist die Revisionsgrenze von 4500 M auf 6000 M festgelegt worden. Diese Summe gilt im zivilprozessualen sowie auch im arbeitsgerichtlichen Verfahren.

Stettin 10. Die von Dir gestellte fachtechnische Frage wird in unserm Jubiläums-Verbands-Taschenkalender auf Seite 78 eingehend von unserm technischen Mitarbeiter Fritz Kreß behandelt. Wir empfehlen Dir deshalb, beim Kassierer den Kalender zu bestellen. Der Preis beträgt 45 ₤.

Ulm, A. M. Ein Verein, dessen Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister. Das Vereinsregister wird beim zuständigen Amtsgericht geführt. Die Abkürzung heißt dann E. V.

Marienwerder, F. H. Vor Eingehen in einen Bürgschaftsvertrag ist es notwendig, genau zu überprüfen, ob Du auch in der Lage bist, die Verbindlichkeiten dem Dritten gegenüber erfüllen zu können. Der Bürgschaftsvertrag muß schriftlich abgeschlossen werden. Verbürgen sich mehrere für die Verbindlichkeit, so haften sie als Gesamtschuldner, auch wenn sie die Bürgschaft nicht gemeinschaftlich vornehmen.

## Literarisches

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. 325 Seiten. Ladenpreis gebunden 6,80 Mk., kartoniert 6 Mk. Organisationspreis gebunden 5,10 Mk., kartoniert 4,50 Mk. Der zehnte Band der Jahrbücher des ADGB (Jahrbuch 1931) liegt nunmehr vor. Der Aufbau des Jahrbuches, in den Gewerkschaftskreisen wohl bekannt, ist unverändert geblieben; nur der Umfang des Werkes ist diesmal etwas geringer. Die Zuspitzung der Krise und die Verschärfung der sozialen Kämpfe stellen die Gewerkschaften vor die Aufgabe, für die weiteren Kämpfe energisch zu rüsten. Für die geistige Rüstkammer der Gewerkschaften bildet das Jahrbuch des Bundes eine wesentliche Bereicherung.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die Oktobernummer der „Gesundheit“, der kostenlos an den Kassenschaltern verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, zeigt, von sachkundiger Feder geschildert, die jahreszeitlichen Vorteile und Gefahren des Herbstes.

Eine Fülle von Anregungen findet der Leser in dieser vorzüglichen Zeitschrift. Das Kapital. Das seit Jahrzehnten wichtigste Buch der modernen Arbeiterbewegung — Marx, „Das Kapital“ — wird als Organisationsausgabe von der Verlagsgesellschaft des ADGB in einer wohlfeilen, gut ausgestatteten ungekürzten Ausgabe vertrieben. Der erste Band, „Der Produktionsprozeß des Kapitals“, liegt vor (Preis 2,50 Mk.). Er umfaßt 768 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Korsch versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Wir können nur dringend empfehlen, von dieser günstigen Gelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen.

## Anzeigen

### Sterbetafel

**Altötting.** Am 1. Oktober starb unser Kamerad **Franz Steinhauer** im Alter von 56 Jahren an Leberleiden.  
**Chemnitz.** Am 10. Oktober starb unser Kamerad **Paul Hillmann** im Alter von 57 Jahren an Herzbräune.  
**Domslau.** Am 7. Oktober starb unser Kamerad **Julius Pulner** im Alter von 69 Jahren an Wundrose.  
**Hamburg.** Am 8. Oktober starb unser Kamerad **Hermann Goegel** im Alter von 78 Jahren infolge Herzschwäche. — Am 10. Oktober starb unser Kamerad **Franz Schaaf** im Alter von 65 Jahren durch Unfall.  
**Jarmen.** Am 9. Oktober starb unser Kamerad **Otto Blitz** im Alter von 55 Jahren.  
**Königsberg i. Pr.** Am 10. September starb unser Kamerad **Friedrich Tittler** im Alter von 56 Jahren infolge Magenleidens.  
**Königswusterhausen.** Am 9. Oktober starb unser Kamerad **Otto Jänicke** im Alter von 57 Jahren infolge Magenleidens.  
**Leipzig.** Am 4. Oktober starb unser Kamerad **Karl Wolf** im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.  
**Schwerin i. M.** Am 7. Oktober starb unser Kamerad **Gustav Niemann** im Alter von 49 Jahren an Zuckerkrankheit.  
**Tessin.** Am 7. Oktober starb unser Kamerad **Werner Bohm** im Alter von 23 Jahren infolge Herzleidens.  
Ehre ihrem Andenken!

### Spottbillig

trotz hoher Qualität  
100 Edelstahl-Rasierklippen  
RM 2,50

**Klingen-Böhme**  
Berlin-Lichterfeld, 3/50

Kauft die

preiswerte  
**Verbands-**

**literatur**

Es ist erschienen:

## Der sozialdemokratische Abreißkalender 1933

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt wie üblich historische Daten aus der Arbeiterbewegung. Gute Bilder beleben den Kalender. Aus Anlaß des 50. Todestages unseres Führers Karl Marx ist die Rückwand dem Andenken dieses großen Toten gewidmet. Der Preis ist herabgesetzt und kostet **1.75 RM**. Zu haben in allen Partei- und in Gewerkschaftsbuchhandlungen

## Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, la Qualität. Blatt la gediegene Rotbuche. Garantie.

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.  
**Karl Ramisch, Pina a. d. Elbe.**

